



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



Entwicklung und Chancen  
junger Menschen  
in sozialen Brennpunkten

## **Konferenz der aus dem KJP geförderten bundes- zentralen freien Träger**

### **Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten**

Dokumentation der Veranstaltung vom  
14. Juni 2002 in Hannover

Stiftung SPI

## **Impressum**

Herausgeber:

Regiestelle E&C der Stiftung SPI

Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“

Narzarethkirchstraße 51

13347 Berlin

Telefon 0 30. 457 986-0

Fax: 0 30. 457 986-50

Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartner:

Andreas Hemme

Layout:

MonteVideo Mediadesign

Redaktion:

Lisa Kuppler (Wels Productions),

## Inhalt:

- 4 **Vorwort**  
Andreas Hemme, Regiestelle E&C,  
Stiftung SPI, Berlin
- 5 **Sozialräumlich orientierte Strategien und die  
Bedeutung von Einrichtungen im Stadtteil**  
Dr. Herbert Scherer, Verband für sozial-kultu-  
relle Arbeit
- 11 **Erziehungshilfen und Soziale Beratung**  
Birgit Hamar, Jugendhilfestation des VSP (Ver-  
bund sozialer Projekte e.V.)
- 14 **Öffnung und Vernetzung im Stadtteil am Bei-  
spiel der Erziehungshilfen**  
– Erfahrungen aus dem Bundesmodellprojekt  
**INTEGRA**  
Wolfgang Trede, IGfH (Internationale Gesell-  
schaft für erzieherische Hilfen)
- 17 **Offene Jugendarbeit und außerschulische Bil-  
dungseinrichtungen**  
Willy Essmann, Outreach Landesgruppe Berlin  
e.V., Verband für sozial-kulturelle Arbeit
- 21 **Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten – Ange-  
bote und Kooperationen**  
Dr. Wolfgang Mack, DJI (Deutsches Jugend-  
institut e.V.)
- 27 **Tagungsprogramm**
- 29 **Teilnehmer/innen**

**Andreas Hemme**

## **Vorwort**

Die 5. Konferenz der aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderten bundeszentralen freien Träger fokussiert auf die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, deren Standorte in sozialen Brennpunkten liegen. Sie spielen eine bedeutende, wenn nicht zentrale Rolle bei der Integration benachteiligter junger Menschen.

Ziel dieser Konferenz ist es, die Möglichkeiten sozialraumorientierter Ansätze zu diskutieren, gute Modelle zu präsentieren und Erfolge sowie Probleme der Vernetzungsaktivitäten von Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe und Partizipationsmodelle in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen Regionen gemeinsam zu erörtern.

Wir haben zu dieser Konferenz erstmalig Einrichtungsleiter/innen aus E&C-Gebieten eingeladen und sie aufgefordert, gemeinsam mit den Vertreter/innen der bundeszentralen freien Träger in den fachlichen Diskurs zu gehen.

Herbert Scherer

## Sozialräumliche Strategien und die Bedeutung von Einrichtungen im Stadtteil

Ich bin Geschäftsführer des Berliner Dach- und Fachverbandes der Nachbarschaftszentren, die anderswo auch Stadteilläden, Bürgerhäuser, sozial-kulturelle Zentren oder ähnlich heißen können. Unser Verband ist auch Träger des Projektes „Outreach“/Mobile Jugendarbeit, das sich seit 1997 programmatisch einem sozialraumorientierten Arbeitsansatz verschrieben hat. Vor ein paar Wochen habe ich mit Kollegen/innen aus einer Nachbarschaftseinrichtung, die in unserem Verband Mitglied ist, in einem Workshop zusammen gesessen, in dem es um die zukünftige Arbeit dieser Einrichtung ging, die unter anderem eine Stadteilkantine betreibt. An dem Workshop nahmen nicht nur die Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagoge/innen teil, sondern auch das technische Personal, darunter die Köchin aus der Kantine. Als es an dem Leiter der Einrichtung war, mögliche Zukunftsszenarien zu skizzieren, sprach er von der Notwendigkeit, sich stärker auf den Sozialraum zu beziehen. Die Köchin zeigte erst durch Lächeln, dann durch Stirnrunzeln, dass ihr dieses Konzept offenbar nicht sehr überzeugend vorkam. Als wir sie baten, das zu erklären, wurde schnell deutlich, dass der Begriff Sozialraum für sie ganz anders besetzt war als für die Sozialpädagoge/innen aus dem Projekt. Für sie war der Sozialraum ein Pausenraum im Betrieb. Ein Ort, wo man sich von der Arbeit erholen kann, in dem vielleicht eine Kaffeemaschine steht oder ein Getränkeautomat. „Be sociable, have a Pepsi“ – „sei gesellig, trink eine Pepsi“. Mir fiel gleich dieser amerikanische Werbespruch ein.

Das Missverständnis war nützlich – vielleicht ist es das auch für uns hier, regt es doch dazu an, einen Begriff zu hinterfragen, der gerade so in Mode kommt, dass er zum Jargon wird und dass man sich manchmal nicht mehr klar macht, was er eigentlich an Vorstellungen und Bedeutungen mitschleppt:

„Unser Stadtbezirk besteht aus acht Sozialräumen“

„Das Jugendamt hat folgende Sozialräume festgelegt...“

In diesem Sprachgebrauch ist der Sozialraum schon kein sozialer Raum mehr, sondern eine Verwaltungseinheit. Die möglicherweise mehr oder weniger willkürliche Festlegung bekommt in der Vorstellungswelt der Beteiligten einen quasi objektiven Charakter. Tatsächlich handelt es sich um eine Setzung, um eine Hilfskonstruktion, die durchaus vernünftig sein

kann, die aber selten deckungsgleich ist mit den Sozialräumen in den Köpfen und Bäumen der Menschen, die in diesen Regionen leben. Mein Sozialraum ist der Bereich meines Lebensumfeldes, in dem ich mich auskenne, in dem ich mich aufgehoben/vielleicht auch unwohl fühle. Wenn wir von Sozialraumorientierung und sozialräumlichen Strategien reden, sollten wir uns dieser Unschärfe bewusst sein: Meinen wir die Notwendigkeit, sich auf das Lebensumfeld und die sozialen Bezüge der Menschen zu beziehen, mit denen wir arbeiten? Oder meinen wir eine neue administrative Einheit, die sich zwar um einen möglichst weitgehenden Bezug zu den realen sozialen Zusammenhängen bemüht, aber doch mit ihnen nicht einfach identisch ist?

Es ist ein großes Verdienst der Programme der Sozialen Stadt und insbesondere des Programms E&C, die Bedeutung des sozialen Umfeldes für die Lebensperspektiven der Menschen auch ins Bewusstsein der Jugend- und Sozialarbeit zurückgebracht zu haben, aber auch die Akteur/innen in diesen Programmen sollten sich dessen bewusst sein und bleiben, dass die teilweise recht rigiden Grenzziehungen bei den Programmgebieten nur Hilfskonstruktionen sind, die nur einen Teilausschnitt der Wirklichkeit abbilden.

Als dritte Methode neben der Einzelfallhilfe und der Gruppenarbeit gehört ja die Gemeinwesenarbeit durchaus zum Repertoire der Sozialarbeit. Allerdings hat sie in Deutschland eine etwas unglückliche Geschichte, weil sie Ende der Sechziger, Anfang der Siebziger Jahre (des letzten Jahrhunderts) gerade zu einem Zeitpunkt zu uns kam, als die Studentenbewegung auch die Studierenden der Sozialarbeit erfasste, die in dieser Methode einen Ansatz zur Revolutionierung der Gesellschaft sehen wollten und damit ungewollt dazu beitrugen, dass sie sich nicht etablieren konnte, sondern mit dem Ausklingen der Studentenbewegung ins Abseits geriet und fortan ein stiefmütterliches Dasein am Rande der offiziellen Sozialarbeit fristen musste. Als „Milieuarbeit“ oder als „Lebensweltorientierung“ erschien sie zwar immer wieder einmal, aber große Bedeutung war ihr nicht beschieden. Wenn wir heute wieder über sozialräumliche Strategien nachdenken, können wir deswegen leider nicht auf ein breites ausgereiftes Erfahrungsfeld zurückgreifen, sondern müssen das Rad neu erfinden. Dass diese Aufgabe ausgerechnet den Akteur/innen in den so genannten besonders belasteten Wohngebieten aufgetragen ist, macht die Sache nicht gerade leichter. Ist es doch der wichtigste Aspekt von Sozialraumorientierung in der Jugend- und Sozialarbeit, die Zielgruppen nicht isoliert zu betrachten, sondern in

ihren sozialen Bezügen zu sehen und in diesen Bezügen Ressourcen zu finden und zu aktivieren, die zu einer positiven Entwicklung beitragen können. In den belasteten Gebieten sind diese Ressourcen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schwerer zu finden als in Wohngebieten, die nicht am Abkippen sind. Es bleibt zu hoffen, dass es dennoch gelingt, denn was könnte ein besserer Beweis für die Kraft solcher Ansätze sein, als wenn sie sogar in relativ aussichtsloser Lage zu Erfolgen führen?

Was heißt nun aber sozialräumliche Orientierung in der Praxis für die Kinder- und Jugendarbeit? Zuerst geht es um eine Ausweitung des Blickfeldes und eine Veränderung der Perspektive. Kinder- und Jugendarbeit ist bekanntlich Beziehungsarbeit. Traditionell sind wir es gewohnt, im Wesentlichen unsere Beziehung zu den Zielgruppen zu betrachten und in ihrer positiven Gestaltung die Hauptaufgabe zu sehen. Die Kinder und Jugendlichen befinden sich aber in einem Beziehungsgeflecht, in dem der Bezug zu uns nur einen kleinen Teil darstellt. Ihr Wohl und Wehe hängt insgesamt viel mehr davon ab, wie sich ihre sonstigen Beziehungen gestalten, nämlich

- zur eigenen peer group
- zu Freund/innen und Partner/innen
- zu den Eltern
- zur Schule
- zur Arbeitswelt
- zur Polizei
- zu den Ämtern.

In der sozialräumlichen Denkweise werden diese Beziehungen nicht vornehmlich als störende Einflüsse auf unsere Arbeit gesehen, sondern als deren eigentlicher Gegenstand.

Machen wir es einmal konkret – am Beispiel Schule: Ich erinnere mich noch recht genau an die Zeit, als ich selbst im Jugendfreizeitheim gearbeitet habe und vor allem mit Jugendlichen zu tun hatte, deren schulische Karrieren ausgesprochen negativ verliefen. Wir sahen es als unsere Aufgabe an, den Jugendlichen im Freizeitbereich die Möglichkeit zu bieten, sich vom Schulfrust zu erholen, abzuhängen und den Stress zu vergessen. Wir hatten jede Menge Verständnis für ihre negative Haltung zu allem, was mit Schule zusammenhing und bestärkten sie in dem, was für uns berechtigter Widerstand gegen ein Schulsystem war, das ihnen keine wirkliche Chance bot. Nie wären wir auf die Idee gekommen, uns einmal mit ihren Lehrern zusammzusetzen, um vielleicht ein differenzierteres Bild zu bekommen und danach zu suchen, mit welchen Lehrern - oder mit welchen ihrer Intentionen - vielleicht Bündnisse einzugehen möglich gewesen wäre. Das wäre uns wie Verrat an den Jugendlichen

vorgekommen. Unsere positive Beziehung zu ihnen bezog ihre Energie ja zu einem großen Teil aus unserer Solidarität mit ihrer Antihaltung. Das ist nun schon eine Weile her, aber als Haltung von Jugendarbeitern anscheinend immer noch recht aktuell, wie ich gerade vor ein paar Tagen mitbekam, als die Kolleg/innen aus der Einrichtung, in der ich damals tätig war, das Angebot, in der gegenüberliegenden Schule eine Schulstation zu übernehmen, mit dem Argument ablehnten, es würde ihrer Parteilichkeit für die Jugendlichen schaden und sie in ein schlechtes Licht rücken, wenn sie auf diese Weise Teil des Systems Schule würden.

Was wäre demgegenüber ein sozialräumlicher Ansatz? Erst einmal eine andere Sichtweise. Lehrer sind dann nicht nur Teil des Systems Schule mit den Selektionsmechanismen, unter denen ein Großteil unserer Zielgruppen leidet, sondern sie haben auch den Auftrag, Wissen und Kenntnisse zu vermitteln, von denen einige durchaus nützlich sein können. Lehrer stellen keinen monolithischen Block dar, sondern es gibt gute und schlechte unter ihnen. Wie sich das konkret verhält, kann man nur herausbekommen, wenn man zu ihnen Kontakt aufnimmt, ihre Sichtweisen kennen lernt und darin gegebenenfalls Schnittmengen findet, die es ermöglichen, von unterschiedlichen Ausgangspositionen aus auch einmal an einem Strang zu ziehen. Ein solcher Kontakt muss in gleicher Augenhöhe erfolgen und von dem Selbstbewusstsein geprägt sein, dass man einen anderen Auftrag hat als die Schule, dass dieser für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ebenso wichtig ist und dass dieser einem die Chance gibt, auch Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten wahrzunehmen, die die Schule nicht entdecken kann, aber um die sie vielleicht wissen sollte. Wenn keine der beiden Seiten darauf besteht, dass ihre Sicht der Dinge die allein richtige ist, können solche Begegnungen dazu führen, dass die Kinder und Jugendlichen neue Chancen bekommen, und dass – im Interesse der gemeinsamen Zielgruppe – Bewegung in die abgeschotteten Systeme auf beiden Seiten kommt.

Solch eine Herangehensweise kann selbst in einem Bereich Früchte tragen, wo die Grenzbeziehungen in der Regel noch viel radikaler vorgenommen werden: im Verhältnis von Jugendarbeit und Polizei. Stellen wir uns folgende Situation vor: Vor einer Pizzeria trifft sich jeden Nachmittag eine Gruppe von Jugendlichen, die es vorziehen, ihre Freizeit auf der Strasse zu verbringen. Die Jugendlichen wissen anscheinend nicht viel mit sich anzufangen, sie stehen herum, machen sich gegenseitig an, pöbeln auch zuweilen Passanten an und werden zunehmend als klimatische Belastung des öffent-

lichen Raumes wahrgenommen, insbesondere vom Besitzer der Pizzeria, dem mehr und mehr die Gäste wegbleiben. Neulich hat er beobachtet, wie sich ein junger Mann mit Goldkettchen unter die Jugendlichen gemischt hat und einigen von ihnen etwas zugesteckt hat, wobei es sich höchstwahrscheinlich um illegale Drogen gehandelt haben muss. Zu dieser Gruppe von Jugendlichen hat ein Streetworker losen Kontakt. Der Pizzeriabesitzer sieht in dem offensichtlichen Abgleiten der Jugendgruppe in kriminelle Verwicklungen die Chance, durch Einschalten der Polizei die Situation vor seinem Betrieb zu bereinigen. Er macht eine Anzeige gegen Unbekannt wegen Drogenhandels und schildert die Situation in so schwarzen Farben, dass tatsächlich die Polizei beschließt, mit einem massiven Aufgebot anzurücken, die Personalien der Jugendlichen aufzunehmen und den Dealer festzunehmen, der aber nicht anzu-treffen ist. Die Lage droht zu eskalieren, die Jugendlichen alarmieren den Streetworker, er soll sie da „raushauen“.

Wieder eine klassische Situation: Was ist hier die richtige Parteilichkeit? Ist den Jugendlichen damit gedient, wenn der Streetworker ihrem Wunsch entsprechend anwaltlich für sie eintritt? Der sozialräumliche Ansatz ist anders. Er macht es notwendig, die verschiedenen miteinander in Konflikt tretenden Interessen und Sichtweisen zu berücksichtigen und herauszuarbeiten, welche davon berechtigt sind und deswegen in Lösungsstrategien einfließen müssen, wenn diese tragfähig sein sollen. Der Pizzeriabesitzer hat ein Recht darauf zu bestehen, dass seine Gäste nicht vergrault werden. Die Jugendlichen haben ein Recht darauf, sich im öffentlichen Raum frei zu bewegen. Die Polizei hat ein Recht darauf, das vermutete Entstehen einer Drogenszene mit ihren Mitteln zu verhindern. Die Lösung des Konfliktes muss in der Schnittmenge gefunden werden. Nicht die gegenseitige Abgrenzung bringt die Lösung, sondern die Kommunikation, das Aushandeln und der Respekt vor den berechtigten sowie die Distanzierung von den unberechtigten Positionen der jeweils anderen. Insbesondere im Verhältnis zur Polizei fällt uns das meistens sehr schwer, weil Hilfe und Repression nicht gut zusammen passen und weil es deswegen meistens auf beiden Seiten nicht viel Verständnis für die Zielsetzungen, Arbeitsansätze und Handlungsformen der jeweils anderen gibt. Die Polizei vermutet in den Jugendarbeitern klammheimliche Sympathisanten von potentiellen oder tatsächlichen Straftätern, mindestens aber Mitwisser, die man im Interesse der Strafverfolgung als Zeugen vorladen muss. Die Jugendarbeiter/innen nehmen die Unverhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes wahr und

wollen ihre Schützlinge vor einer Strafverfolgung schützen, die Lebensperspektiven zerstören kann, an deren Aufbau sie gerade mit einigen Erfolgsaussichten arbeiten. Wir beobachten seit einiger Zeit, dass Bewegung in die verhärteten Fronten kommt. Positiv ist es, wenn dabei keine Seite den Kürzeren zieht, sondern wenn es gelingt, ein gegenseitiges Verständnis herzustellen, in dem die eigene Sichtweise gewahrt bleibt. Ein gutes Beispiel hierfür ist es, wenn an einem Treffen aller Beteiligten, das eine gemeinsam getragene Lösung bringen soll, bei einer bestimmten Wendung der Debatte zu nicht unproblematischer Offenheit, die Vertreter der Polizei erklären: „Machen Sie nur ruhig weiter, Sie sind auf einem guten Weg, aber wir verlassen jetzt besser den Raum, weil wir als dem Legalitätsprinzip verpflichtete Strafverfolgungsbehörde das nicht einfach zur Kenntnis nehmen dürfen, was Sie da gerade auszubreiten beginnen.“

Ein weiteres Beispiel aus einem anderen Bereich: Kindertagesstätte. Ich kann auch da auf länger zurückliegende eigene Erfahrungen zurückgreifen, weil ich einmal in einer Kita ein Praktikum absolviert habe. In dieser Kindertagesstätte, und das war keine von den schlechten, hatten die Erzieherinnen, die vorwiegend mit Kindern aus eher benachteiligten Familien zu tun hatten, eine ziemlich eindeutige Haltung zu den Eltern der Kinder: Sie bemühten sich, die Kinder, so gut es eben in ihrer Macht stand, vor ihnen und ihrer „unmöglichen“ Erziehungspraxis zu bewahren. Das Gespräch mit den Eltern wurde nicht gesucht, weil man es für aussichtslos hielt, und darüber hinaus fürchtete, die Eltern könnten von der Kita verlangen, sich ihrem Erziehungsstil anzupassen, wenn sie erst mitbekämen, wie weit der in der Kita praktizierte Stil von dem ihren abwich. Dabei bedachten die Kolleginnen nicht, dass sie damit die Kinder einer Zerreißprobe aussetzten, mit der sie kaum umgehen konnten, und dass auch kleine Veränderungen in der Erziehungspraxis der Eltern wegen deren Rolle als dominierende Bezugspersonen für die Entwicklung der Kinder wahrscheinlich tiefer gehende Wirkungen ausgelöst hätten als ihr stundenweise durchgeführtes Kontrastprogramm. Das Umfeld in seine Strategien einzubeziehen ist durchaus leichter gesagt als getan. Es ist nicht einfach und provoziert ständige Auseinandersetzungen. Wer das nicht will, sollte sozialräumliche Ansätze besser meiden.

Wir haben uns bisher nur mit dem personalen Umfeld beschäftigt. Zu den Umfeldbedingungen im Sozialraum gehören aber natürlich noch ganz andere Faktoren, Ämter, Institutionen, wirtschaftliche Interessen, wie zum Beispiel:

- Hausbesitzer/innen
- Wohnungsbaugesellschaften
- Arbeitsamt
- Jugendamt.

Auch da sind Konflikte vorprogrammiert. Aber anders als in der Gemeinwesenarbeit der Siebziger Jahre werden diese in der heute geforderten Sozialraumorientierung nicht gesucht, um sie zu verschärfen und das Bewusstsein der Unterdrückten wachzurütteln, sondern um sie im Interesse der Zielgruppe lösungsorientiert anzugehen. Für einen solchen Ansatz, der einen langen Atem verlangt, wird man immer Bündnispartner suchen müssen, aber auch finden können – innerhalb und außerhalb der Strukturen, mit denen man in die Auseinandersetzung geht.

In der aktuellen Debatte um sozialräumliche Strategien spielen aber nicht nur solche methodischen Fragen, wie ich sie möglichst praxisnah zu skizzieren versucht habe, eine Rolle, sondern auch ganz handfeste strukturelle und damit verbundene materielle Fragen, denen ich nicht ausweichen will. Wir haben es in der Jugendhilfe mit dem seltsamen Phänomen zu tun, dass die finanzielle Misere der öffentlichen Kassen, die ja eigentlich nach Lösungsstrategien wie dem Sozialraumansatz ruft, der nicht nur die bezahlten Hilfeleistungen einbezieht, sondern alle zusätzlich aktivierbaren Ressourcen mobilisiert, im Gegenteil zu einer Zunahme der einzelfallbezogenen Hilfeformen geführt hat, die mit einer Kostenexplosion in diesem Bereich einherging. Wie ist das zu verstehen? Sozialräumliche Arbeitsansätze gehören nach der Systematik des KJHG eher in den Bereich dessen, was geschehen soll als zu dem, wofür der Gesetzgeber eine Gewährleistungsgarantie gegeben hat, was also geschehen muss. Wenn angesichts leerer Kassen die Strategie darin besteht, nur noch knallharte Rechtsansprüche befriedigen zu wollen und die notwendigen Sparmaßnahmen ausschließlich im Bereich der so genannten freiwilligen Leistungen umzusetzen, gibt es ja nur eine systemkonforme Gegenstrategie: alles mögliche in den Bereich der Pflichtleistungen und der individuellen Rechtsansprüche hinein zu definieren, auch das, was eigentlich nicht unbedingt dort hingehört. Und das zudem in einem Zusammenspiel von Jugendämtern und Trägern der Jugendarbeit, was jetzt das notwendige Umsteuern zusätzlich erschwert. Gewachsene, einerseits zentralistische, andererseits hoch arbeitsteilige Ämterstrukturen haben diese Entwicklung zusätzlich begünstigt. Die Grenzen zwischen den Hilfeformen, für die es jeweils unterschiedliche Zuständigkeiten gab, waren undurchlässig. Die Entwicklung der letzten Jahre hat eine lange Vorgeschichte, die etwas

mit einem bestimmten Verständnis von Professionalisierung zu tun hat, aber auch mit der zunehmenden „Verrechtlichung“ und Spezialisierung des Jugendhilfebereiches. Frühe Ansätze zu dem, was man heute sozialräumliche Orientierung nennt, sind dabei auf der Strecke geblieben oder systematisch verhindert worden.

Auch dazu will ich ein Beispiel anführen, diesmal aus den Achtziger Jahren: In Berlin hatte sich im Arbeitsfeld „Betreute Jugendwohngemeinschaften“ ein Träger gebildet, der sich den programmatischen Namen „Jugendwohnen im Kiez“ gab. Jugendliche, die eine Fremdunterbringung brauchten, sollten nicht isoliert vom Rest der gesellschaftlichen Wirklichkeit in gut behüteten kleinen Ghettos untergebracht werden, sondern in ganz normalen Wohnhäusern, in ganz normalen Wohnungen, mitten im Kiez eben. So weit, so gut. Jetzt entstand aber die Idee, dass Jugendliche und Betreuer einer dieser Wohngemeinschaften sich noch mehr zum sonstigen Feld hin öffnen könnten. Sie wollten als gemeinsames Projekt ein Jugendcafé betreiben, das als offenes Jugendprojekt mitten im Wohnumfeld angesiedelt sein sollte. Dieses Vorhaben rief sofort die zuständige Fachaufsicht auf den Plan. Die frappierende Logik: Wenn die Betreuer der Jugendlichen auf diese Weise während ihrer bezahlten Arbeitszeit auch noch zu anderen Jugendlichen Kontakt bekämen, die keinen besonderen Rechtsanspruch auf Jugendhilfeleistungen für sich reklamieren könnten, sei das eine Verschwendung öffentlicher Mittel. Außerdem müsse sich dann der Verdacht aufdrängen, die Betreuer hätten in ihrer „eigentlichen Arbeit“ zu wenig zu tun, sodass es nur die Konsequenz geben könnte, den der Finanzierung des Projekts zugrunde gelegten Stundenaufwand zu reduzieren. Das Jugendamt setzte sich mit dieser massiven Drohung durch. Das Caféprojekt wurde wieder eingestellt.

Noch ein anderes Beispiel aus der gleichen Zeit, ebenfalls aus dem Jugendwohngemeinschaftsbereich. Aus der Erfahrung heraus, dass Jugendliche am ehesten von Jugendlichen lernen, sollten zwei Wohngemeinschaften gegründet werden, in denen jeweils drei „jugendhilfeberechtigten“ Jugendlichen und drei sozusagen „normale“ Jugendliche ohne entsprechende Indikation zusammen wohnen sollten. Obwohl die damit insgesamt erreichte Platzzahl von sechs Jugendlichen die Förderungsbedingungen für eine Wohngemeinschaft in der Jugendhilfe erfüllt hätte, war auch dieser Plan nur für eine kurze experimentelle Phase durchführbar und musste dann dem Regeltyp weichen, weil das System eine saubere Trennung zwischen „berechtigten“ und „nicht berechtigten“ Jugendlichen nicht erlaubte, hätte es doch vor-



kommen können, dass ein Betreuer während seiner Dienstzeit gewissermaßen „fremd gegangen“ wäre, indem er einem „nicht berechtigten“ Jugendlichen Aufmerksamkeit geschenkt hätte. Wir erleben heute übrigens manchmal ähnlich skeptisches Hinterfragen, wenn es jemand wagen sollte, den Begriff „soziale Gruppenarbeit“ einmal richtig ernst zu nehmen und in die Aktivitäten der Gruppe auch Jugendliche einzubeziehen, für die keine entsprechende Verordnung aus einem ordentlich durchgeführten Hilfeplanverfahren vorliegt. Aber: Es gibt glücklicherweise heute – vielleicht schon als Reflex auf die fachliche Diskussion um die sozialräumliche Orientierung – viel versprechende Ausnahmen von dieser Tendenz.

Wenn wir heute diese und ähnliche Versäumnisse und problematischen Weichenstellungen der Vergangenheit bedauern, befinden wir uns wahrscheinlich im Gesamtkontext der Jugendhilfe noch in einer Minderheit. Die Mehrheit der Kolleg/innen, fürchte ich, hat sich – manchmal wahrscheinlich wider besseres Wissen – in einem System eingerichtet, das ja schließlich „seinen Mann ernährt“, auch wenn es bei mehr Phantasie und Experimentierfreude für viele Jugendliche bessere Lösungen hätte geben können, als die durch die Finanzierungsformen beförderte tendenzielle Isolierung vom sozialen Umfeld. Es wird schwer sein, das Steuer wieder herumzureißen, auch wenn es gut ist, zu spüren, dass sich der Wind bereits gedreht zu haben scheint. Ungünstigerweise reagieren Politik, Verwaltung und Fachwelt immer erst dann, wenn der Karren sich so gründlich festgefahren hat, dass nichts mehr geht. In Berlin erleben wir gerade, wie fatal es ist, wenn solche fachlichen Diskussionen und Orientierungsänderungen verknüpft werden mit so gewaltigen für viele Jugendarbeiter im wahrsten Sinne des Wortes existenzbedrohenden Sparauflagen. So sind die Bedingungen für gemeinsam mit den Akteur/innen in diesem Feld getragene Veränderungen denkbar ungünstig. Aber: Gäbe es ohne die Panik bei den Hütern der Staatskassen überhaupt die Bereitschaft, über grundlegende Neuerungen nachzudenken?

In den Gutachten zur Sozialraumbudgetierung werden für die Umsteuerung teilweise Bedingungen genannt, die mir auch wieder nicht sehr realistisch vorkommen, wenn z.B. eine mehrjährige Einkommensabsicherung (das heißt ja wohl auch notwendigerweise: Fallgarantie) für die beteiligten Träger vereinbart werden soll, um sie zum Mitmachen zu bewegen. Das ist etwas zu immanent und bezieht sich ja auch nur, wenn ich das richtig verstanden habe, auf einen Umsteuerungsprozess innerhalb des Bereiches der erzieherischen Hilfen

selber, die über ein Sozialraumbudget besser koordiniert werden sollen. Für mich wird eine sozialräumliche Orientierung erst dann wirklich interessant, wenn sie eine größere Öffnung bedeutet und mehr Bereiche mit einbezieht, fachlich, aber auch finanziell. Da, könnte man sagen, ist der Ansatz von E&C mit seiner Beschränkung auf die Programmgebiete der Sozialen Stadt schon weiter, weil er zumindest mit dem Bereich der (auch baulich verstandenen) Stadtentwicklung deutliche gegenseitige Grenzüberschreitungen angeht. Innerhalb der Fachbereiche der Jugendhilfe selbst sind die Chancen für Grenzüberschreitungen dort gut, wo es nicht zu hochspezialisierten, eindimensionalen Trägerkonstruktionen gekommen ist. Jetzt werden die Träger einen Vorteil haben, die multifunktional arbeiten, und die deswegen ihren Beschäftigten nicht gleich die rote Karte zeigen müssen, sondern Umstiegsszenarien entwickeln können.

Sie erwarten mit Recht von mir, dass ich auch noch etwas zum zweiten Teil der Fragestellung sage, die mir mit der Themenstellung aufgegeben wurde, nämlich zu der Bedeutung der Einrichtungen im Stadtteil. Der Sozialraum befindet sich ja im Wesentlichen außerhalb der Einrichtungen, aber er wirkt in sie hinein und diese sollten ihrer Funktion für das, was draußen geschieht, in ihren Konzepten mehr Aufmerksamkeit schenken. Nichtsdestoweniger hat jemand, der in einer Einrichtung arbeitet, durchaus das Recht und vielleicht sogar die Aufgabe, sie auch als einen in sich geschlossenen Innenraum zu sehen, der eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt und nicht nur durchlässig zur Außenwelt ist. Nur eine Einrichtung, die als solche funktioniert, die ihre eigene Welt schafft, die ihre Besonderheiten gegenüber dem hat, was außen vor sich geht, kann ihre Funktion für das Gemeinwesen außerhalb erfüllen. Denken wir noch einmal an die Bedeutung, die das Wort Sozialraum für unsere Köchin hatte: ein Ruheraum; ein Ort, an dem man sich wohl fühlt, weil es hier „sozial“ zugeht, weil hier nicht einfach dieselben Regeln und Gesetze gelten wie außerhalb. Aber ein Ruheraum eben, für die Pausen, von dem aus es wieder an die Arbeit geht, die außerhalb dieses geschützten Raumes stattfindet. In der Jugendarbeit haben wir es auch hier manchmal mit einem mangelnden gegenseitigen Verständnis füreinander bei denjenigen zu tun, die innerhalb und außerhalb von Einrichtungen tätig sind. Die außerhalb Tätigen, Mobilien und Streetworker verlangen, dass Zugangsschwellen gesenkt werden, damit die Einrichtungen auch für die weniger „pflegeleichten“ Jugendlichen offen sind, die sich lieber auf der Straße aufhalten als in durchregulierten Räumen. Um-

gekehrt gibt es aus den Einrichtungen heraus nicht selten die Forderung an die außerhalb der Einrichtungen Tätigen, sich den Sanktionen gefälligst anzuschließen, die z.B. gegen Störer in den Einrichtungen verhängt worden sind. Hausverbote könnten ihre pädagogische Wirkung nicht entfalten, wenn draußen jemand bereit sei, sich weiter um die Jugendlichen zu kümmern, die man gerade für ihr Verhalten bestrafen wolle. Wenn Hausregeln nicht mit der Absicht verfasst worden sind, bestimmte Jugendliche gezielt auszuschließen, sondern wenn sie dafür da sind, die Atmosphäre in einer Einrichtung und deren Besucher zu schützen, haben sie nicht nur eine Berechtigung, sondern sind notwendig. Und sie werden sich wohl immer von den ungeschriebenen Gesetzen unterscheiden, die das Leben auf der Strasse, in den Parks, aber auch in kommerziell oder familiär-privat bestimmten Regionen unserer Gesellschaft bestimmen. Gute Einrichtungen sind ein Stück selbst gestalteter und nach vorne weisender Wirklichkeit. Aber das ist es dann auch. Ihre Wirkung nach außen können sie nur durch Ausstrahlung entfalten, auf dem Wege der Freiwilligkeit. Jugendarbeit kann sich nicht auf die Pflege von Einrichtungen beschränken, sie muss auch dort präsent sein, wo es weniger gesittet zugeht. Mir hat das einmal der Mitarbeiter einer Jugendfreizeiteinrichtung auf sehr denkwürdige Weise klar gemacht: In der Einrichtung gab es massiven Stress mit einem Jugendlichen, der sich nicht an die Regeln halten wollte und trotz mehrfacher Aufforderung nicht dazu bereit war. Stattdessen war er der Meinung, dass der Mitarbeiter mit ihm zu diskutieren und Begründungen zu finden hätte, die ihn überzeugen könnten. Der Kollege ließ sich darauf nicht ein und nahm, statt sich auf weitere verbale Auseinandersetzungen einzulassen, den Jugendlichen am Schlafittchen und beförderte ihn mit einem gewissen Maß an körperlicher Gewalt aus dem Haus. Nachdem ihm das gelungen war, ließ er ihn los und drehte sich einmal um sich selbst, um dann zu sagen: „So, jetzt sind wir auf der Straße. Jetzt bin ich wieder bereit, mit Dir zu reden.“ Ich finde, dass hier in vorbildlicher Weise eine Balance zwischen innen und außen gelungen ist.

Das war ein Beispiel aus der offenen Jugendarbeit. Wie könnte demgegenüber die Öffnung zu Fragestellungen aus dem Sozialraum bei einer Kindertagesstätte aussehen? Das Wichtigste ist meines Erachtens die Einbeziehung der Eltern in ein Netze stiftendes nachbarschaftliches Geschehen rund um die Kita. Das kann von der Mitorganisation von Festen bis zur freiwilligen Gartenpflege gehen. Auf einer darüber gewachsenen Vertrauensbasis

und wegen der gleichen Augenhöhe, die sich in einer Aktion einstellt, in der es kein Hierarchiegefälle zwischen den Erzieher/innen und den Eltern gibt, kann die Einrichtung sich dann auch für andere Aktivitäten öffnen, in denen sie ihre besondere Kompetenz zur Geltung bringen kann, die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen. Sprachkurse für Mütter aus Migrantenfamilien, angeboten während der Öffnungszeiten der Kita und ermöglicht durch ein zusätzliches Betreuungsangebot für kleinere Geschwisterkinder, sind dafür erfahrungsgemäß ein gutes Vehikel – wenn die Kita-Aufsicht nicht interveniert, für die, wie aktuelle Berliner Erfahrungen zumindest vermuten lassen, so etwas ein Gräuelpunkt ist, denn:

- „eine Kita ist eine Kita, ist eine Kita ...“
- „Schuster, bleib bei Deinen Leisten ...“
- „keine Zweckentfremdung pädagogischer Räume ...“

Auch solche Selbstverständlichkeiten sind in unseren erstarrten Systemen nicht ganz einfach umzusetzen – auch dafür muss man sich gegebenenfalls Bündnispartner suchen und Konflikte meistern.

Für die Bedeutung von Einrichtungen im Stadtteil ist mir heute morgen ein Bild eingefallen, das ich Ihnen zum Schluss meiner Ausführungen anbieten möchte – es ist das Bild vom Leuchtturm: Ein Leuchtturm, der seine Fenster verschlossen hält und damit sein Licht nur im Innern bewahrt, ist für die seefahrende Menschheit – auch wenn das Licht noch so schön strahlt – einigermaßen überflüssig. Aber ein Leuchtturm, aus dem es nicht wenigstens ein bisschen heller leuchtet als aus seiner Umgebung, bringt auch nicht viel. Und dabei gehört es zum Wesen von Leuchttürmen, dass alle voneinander verschiedene Rhythmen haben, in denen sie ihr Licht aussenden. Ohne diese individuelle Komponente wären sie auch nur halb so viel wert.

## **Erziehungshilfen und Soziale Beratung**

In der zeitweise sehr kontrovers geführten Fachdiskussion standen die Jugendhilfestationen in Mecklenburg-Vorpommern lange Zeit im Mittelpunkt des Interesses. Inzwischen ist es etwas ruhiger um dieses Thema geworden – nichtsdestoweniger bleibt es ein innovatives Organisationsmodell für den Bereich Hilfen zur Erziehung. Die Praxis der Jugendhilfestationen des VSP e. V. (Schwerin, Stralsund, Greifswald, Kreis Demmin, Neubrandenburg) hat allerdings in den zurückliegenden Jahren vielfältige Ausprägungen insbesondere im Hinblick auf organisatorische Rahmenbedingungen, Kooperationsroutinen mit den öffentlichen Jugendhilfeträgern sowie Zielrichtungen der sozialpädagogischen Arbeit mit sich gebracht. So verfügen mittlerweile auch Jugendhilfestationen über so genannte Basisressourcen für aufsuchende, beratende, tagesstrukturierende und unterbringende Betreuungsarbeit, die gegebenenfalls eine umgehende Hilfestellung ermöglichen. Auch zeigen sich strukturierende Verfahrensprozeduren, die sich zum Teil auf die Flexibilität der Einrichtungen auswirken.

Ich bin Koordinatorin in der Jugendhilfestation in Greifswald und Beisitzerin im Vorstand des VSP e. V. Dieser Träger ist aus dem Bundes- und Landes-„Modellprojekt zum Aufbau einer Jugendhilfestruktur in freier Trägerschaft“ (91-93) hervorgegangen. Im Modellprojekt sind an fünf Standorten Jugendhilfestationen nach dem Konzept der Flexibel Organisierten Erziehungshilfe (KLATETZKI/WINTER) entstanden. Ich habe in meinem Beitrag die Einschätzungen unserer fünf Jugendhilfestationen verarbeitet, nehme aber an, dass an mehreren Stellen die 50 Jugendhilfestationen, die es heute in Mecklenburg-Vorpommern gibt, im Grundsatz zustimmen könnten. Ich versuche in meinem Beitrag auf die wesentlichen Merkmale von Jugendhilfestationen einzugehen und sie aus heutiger Sicht zu bewerten. Dann versuche ich die Veränderung der Rahmenbedingungen für die Jugendhilfe in den letzten Jahren aus der Sicht von Jugendhilfestationen zu betrachten. Zuletzt möchte ich die nicht weg zu diskutierende Hinterlassenschaft der JHS für die Jugendhilfe resümieren und werde einen Ausblick in die nächsten zehn Jahre Jugendhilfestationen in Mecklenburg-Vorpommern versuchen.

## **Jugendhilfestationen und das neue KJHG**

Mit dem neuen KJHG veränderten sich in der gesamten Bundesrepublik Paradigmen der Jugendhilfe. Das neue Jugendhilferecht will sich als ein Leistungsgesetz verstehen, in dem der subjektive Rechtsanspruch der Adressat/innen auf Förderung und Erziehung, die Erziehungsverantwortung der Eltern und die Kooperation des öffentlichen Trägers mit subsidiären Netzwerken ernster genommen werden soll. In den neuen Bundesländern werden mit der Einführung des KJHG auch die Strukturen vor allem kommunaler Jugendhilfe umgebaut. Hilfen zur Erziehung werden im neuen KJHG unter diesen Prämissen ein mit Rechtsgrundlage ausgestatteter Bereich individueller Hilfe. Das Mecklenburger Modell der „all-zuständigen Jugendhilfestation“ sollte in einem Streich Antworten auf Jugendhilfestrukturen bescheiden und freie, aber kleine Träger produzieren. Ich möchte im Folgenden die damaligen Erwartungen an Jugendhilfestationen mit dem heutigen Phänomen „Jugendhilfestation“ konfrontieren:

(1) Vor zehn Jahren sollten Jugendhilfestationen gerechte soziale Praxis etablieren. Mit gerechter Praxis war gemeint: gemäß einer Logik, die die Problemstellungen der Personen der Hilfe zugrunde legt. Heute sind Jugendhilfestationen ein „Angebot“ unter vielen in der Jugendhilfelandchaft geworden (wie Beratungsstellen, Wohn-/Arbeitsmarktprojekten, Kurzzeittherapien, etc.) die vor allem an betriebswirtschaftlicher Logik gemessen werden. Jugendhilfestationen werden mit ihrem fachlichen Anspruch, nämlich Problemstellungen statt -lösungen zu thematisieren kaum noch als nützlich angesehen. Das heißt, die Ansicht, dass „soziale Probleme als Ausdruck vielgestaltiger gesellschaftlicher Entwicklungen und individueller Lebenslagen“ (RÖBLER '91) wahrzunehmen wären, hat sich heute gewandelt in eine überwiegend individualisierende Problemzuschreibung.

(2) Vor zehn Jahren sollte demokratische Jugendhilfe die Grundlage für Kooperation zwischen freien und öffentlichen Trägern sein, die sich im Hilfeplan alltäglich beweisen musste.

(3) Eine Perspektivübernahme der multiprofessionellen Teams war Voraussetzung für die Entwicklung von Hilfe und ebenso wie Aushandlung ein unentbehrliches Kennzeichen von JHS. Freie Träger wurden bei der Durchführung der Hilfe als lebensweltlicher Bezug der Klienten ernst genommen. Heute beschäftigt sich jede/r Mitarbeiter/in einer JHS mit etwa doppelt so vielen Problemstellungen wie vor fünf Jahren bei etwa der Hälfte an Reflexionszeit.

Jugendhilfe wird von „höheren“ Interessen

gesteuert (manchmal sehen wir nicht wie hoch die sind), freie Träger werden auf ihre Geschäftstätigkeit reduziert und die Jugendhilfe rudert selbst durch die Stromschnellen des kommunalen und öffentlichen Finanzdikates wohin die Wellen tragen.

(4) Vor zehn Jahren sollten Jugendhilfestationen sich den unterschiedlichsten Problemstellungen anpassen, also quer zur Paragraphenlandschaft Hilfeverläufe mit der Variation von sozialpädagogischen Modellen gestalten. Heute werden schnelle pragmatische Problemlösungen für eine Situation statt Handlungsvielfalt erwartet, und Nutzern von Hilfen werden Bedingungen für die Hilfgewährung gestellt. Gruppenpädagogische Modelle sind fast verschwunden aus den ambulanten und teilstationären Hilfen. Für den nicht eingetretenen Rückgang stationärer Hilfen werden dagegen aber die JHS verantwortlich gemacht.

### **Veränderte Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit**

Die Veränderung in der Inanspruchnahme von Jugendhilfestationen hängt sicher eng zusammen mit den sich wandelnden Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit insgesamt. Der sich wandelnde Wohlfahrtsstaat Deutschland forderte in den letzten Jahren mit einer Reihe von Gesetzen und Verordnungen eine Ökonomisierung und Wettbewerbsorientierung der Sozialen Arbeit. Ich denke z. B. an die Neuordnung der Kostenvereinbarungen und die Einforderung von Produktkatalogen. Auf dem platten Land vollzog sich zum Teil die Überspitzung der Bürokratie bei der Umsetzung der Wettbewerbsorientierung. Zum Beispiel wurden auch für flexible Hilfen in JHS Produkte und Finanzierungen derart kleingearbeitet, dass sie sich nur an spezialisierten Leistungen bzw. Paragraphen orientieren können und zudem noch mit Stundenzetteln nachgewiesen werden müssen. Die Spezialisierung von Angeboten hat wieder Konjunktur. Mit der Ökonomisierung entwickelte sich ein anderer Effekt. Es entstand Misstrauen gegenüber Freien Trägern und marktförmige Unverbindlichkeit des öffentlichen Trägers in der Kooperation mit freien Trägern, die teilweise nur zu einer auf Kosten basierenden Jugendhilfeplanung führte. Die Neue Steuerung als ein Instrument zur Wettbewerbsorientierung bewirkte aus Sicht der Klienten einen Rückgang von Hilfeansprüchen und eine zeitliche Ausdünnung der Hilfe insgesamt. Auch in Regionen, in denen eine Dezentralisierung der Amtsstruktur stattgefunden hat, dauert es heute für Antragsteller mindestens doppelt so lange, eine Hilfe gewährt zu bekommen wie vor fünf Jahren. Dabei ist der Umfang der

dann verfügbaren Hilfe per Dienstanweisung kontingentiert und um ein Vielfaches geringer als früher. Mit der Beschwörung des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements sollte die Selbstregulierung des Gemeinwesens vorangetrieben werden.

### **Mit Jugendhilfestationen sind besondere Denkweisen in der Jugendhilfe etabliert**

Jugendhilfestationen und ihre Praxis haben in der Jugendhilfe trotz der sich verändernden Rahmenbedingungen Prämissen gesetzt, ohne die in Zukunft z. B. das Hilfeplanverfahren kaum denkbar ist:

- die Orientierung am wahrzunehmenden Einzelfall statt am vorhandenen Angebot. Die Beteiligung von Klienten oder Nutzern ist hier strukturell verankert und nicht nur proklamiert.
- die Übersetzung von veränderten Problemstellungen in veränderte Organisation der Hilfe. Veränderte Problemstellungen sollten nie eine lebenslange Betreuung sichern, sondern von vornherein das System und deren Wechselbeziehungen mit den Subjekten einbeziehen. Der jetzt diskutierte Bezug des Einzelfalls zum Sozialraum kann aus ähnlicher Zielperspektive interpretiert werden.
- die Zuhilfenahme verschiedener Perspektiven und deren Aushandlung im Hilfeplan. Nicht erst bei Multiproblemen scheint evident, dass Deutungen von Problemen heute kaum noch nur aus einer Profession vorgenommen werden können. Jugendhilfestationen haben den fruchtbaren Streit zwischen den Professionen in der Erziehungshilfe mindestens herausgefordert und ebenso die Auseinandersetzung zwischen selbstkritischen Experten und Betroffenen.

Jugendhilfestationen sind also, wenn ich die genannten Punkte in einer These zusammenfassen darf, sie sind auch heute, nach zehn Jahren KJHG und zehn Jahren Jugendhilfe-landschaft in MV eine anspruchsvolle Erscheinung. Ich stelle mir anhand eines Szenarios vor, wie Jugendhilfestationen in zehn Jahren aussehen könnten: Flexible Hilfen werden seit der Kommunalverwaltungsreform 2010 von einer Gruppe älterer Ehrenamtlicher in Jugendhilfestationen durchgeführt, die von einem kommunalen Sozialpädagogen beraten werden. Vor allem in Plattensiedlungen fällt eine Vielzahl lebenspraktischer Kurzeaufgaben an, die sich auf Versorgung der Kinder, Haushalt, Krisengespräche und Beschäftigung der Kinder erstrecken und als Fachleistungsmi-nuten abgerechnet werden. Vor allem zur Vermeidung der Folgen von Kinderarmut werden

Arbeitsmarktprogramme aufgelegt, die Kinderfirmen fördern. In den City-Stadtteilen und Eigenheimsiedlungen dagegen gibt es verstärkte Sicherheitskontrollen. Die flexiblen Hilfen können dort in jeder Mietkundenzentrale gebucht werden. Es gibt dort außerdem Quartiersmanager, die Stadtteilstellen von Handelsketten gesponsert bekommen, um Kundenakquise zu betreiben.

### **JHS Greifswald**

Von der anfangs kleinsten und zunächst als Untermieter in der JHS Stralsund aufgebauten JHS Greifswald ging in den ersten Jahren der größte Entwicklungsschub aus. Diese Dynamik war im jugendpolitischen Willen der Hansestadt Greifswald gleichermaßen wie im Engagement der Koordination und der Mitarbeiter/innen begründet. Das Hauptarbeitsfeld sind hier die ambulanten Hilfen, § 27 ff KJHG, die wesentlich geprägt sind von der Betreuung von Jugendlichen im eigenen Wohnraum.

Von 1994 bis 1996 wurden eine Tagesgruppe mit jetzt acht Plätzen und eine Kinderwohngemeinschaft mit sechs Plätzen auf Wunsch des Jugendamtes eingerichtet. 1995 begannen wir mit dem Projekt Baderstraße 11. Hierbei handelt es sich um ein Sozialarbeitsprojekt mit Kernbereich „Betreutes Wohnen für Jugendliche“ und offene Jugend- und Gemeinwesenarbeit. Das Haus konnte der VSP e. V. zu günstigen Konditionen anwerben. Von 1996 bis 1997 liefen die Bauarbeiten in Zusammenarbeit mit örtlichen Bildungsträgern und dem städtischen Sanierungsträger (Deutsche BauBeCon). Gegen Ende 1997 zogen die ersten Jugendlichen ein. Heute befinden sich in dem Bereich 7 Wohneinheiten, die 13 Jugendlichen Platz bieten, sowie unsere Verwaltung. Stundenweise bieten wir hier durch unsere Psychologin Jugendberatung an. 1998 begann das Projekt Offene Jugendarbeit in der Baderstraße. Zur Verfügung stehen den Jugendlichen hier: ein Café, ein Gewölbekeller, eine Werkstatt, ein Fitnessraum, ein Grillplatz und Möglichkeiten sich am Computer zu betätigen. Über den Offenen Jugendbereich entstand im Jahr 2000 die Idee das Nebengelände mit dem angrenzenden Giebel einer alten Schule als Kletterwand zu nutzen. Im Herbst dieses Jahres soll das Projekt begonnen werden. Im September 2002 werden wir im Anbau auf Anfrage der Jugendgerichtshilfe für drei Jugendliche mit dem Konzept „U-Haftvermeidung“ und „Haftverkürzung“ beginnen.

### **Wie sieht die Vernetzung der JHS mit anderen Jugend- und Sozialbereichen aus?**

Greifswald hat ca. 55.000 Einwohner und ist in fünf bis sechs Stadtteile gegliedert. Die Trägerlandschaft im Jugendbereich ist sehr vielfältig. Etwa 25 Vereine und Organisationen beschäftigen sich mit Jugendsozialarbeit und Hilfen zur Erziehung. Unsere wichtigsten Partner in der Stadt sind: Jugendamt, Sozialamt, Wohnungsamt, Schulen und Ausbildungsstätten, Universität, Polizei und Psychiatrie. Der Bereich Offene Jugendarbeit setzt kleine Projekte mit den Straßensozialarbeitern der Stadt um und bringt sich in die Stadtteilentwicklung ein. Der Club wird von keiner bestimmten Szene geprägt. Er ist für viele Jugendliche Anlaufstelle und Aufenthaltsort. Im März 2002 fanden die Jugendlichen, der „Teestube“, hier einen neuen Treffpunkt. Im Bereich „Hilfen zur Erziehung“ haben wir einen offenen Rahmen in der Jugendhilfeplanung gefunden, in dem wir Entwicklungstendenzen diskutieren können, denn die demographische Entwicklung in der Stadt, sowie die finanzielle Lage gehen an den Existenzen von Freien Trägern nicht spurlos vorbei. Abschließend möchte ich zu der Personalsituation sagen, dass wir ein Team von 14 Mitarbeiter/innen sind, das sich wie folgt aufgliedert: eine Stelle Koordination, eine Stelle Verwaltung, eine Stelle Offene Jugendarbeit, drei Stellen Kinderheimgruppe, zwei Stellen Tagesgruppe, fünf Stellen Sozialpädagogen für ambulante Dienste und Betreute Wohnform und eine SAM-Stelle.

Wolfgang Trede

## **Öffnung und Vernetzung im Stadtteil am Beispiel der Erziehungshilfen – Erfahrungen aus dem Bundesmodellprojekt INTEGRA**

Meine Erfahrungen zum Thema „Öffnung, Vernetzung und Kooperation im Stadtteil“ basieren auf den bisherigen Erkenntnissen aus dem Bundesmodellprojekt INTEGRA, das jetzt im vierten Jahr läuft und zum Ziel hat, in fünf deutschen Regionen (Celle, Dresden, Erfurt, Frankfurt/Oder und dem Landkreis Tübingen) integrierte, flexible und sozialräumlich orientierte Erziehungshilfen für eine ganze Region aufzubauen. Ein wesentliches Element dieser kommunalen Reformprozesse ist es, eine möglichst niedrigschwellige und präventive Hilfestruktur vor Ort zu verwirklichen. Hierzu ist Öffnung zum Gemeinwesen und Vernetzung mit anderen Hilfen und Dienstleistern eine zwingende Voraussetzung.

Das Bundesmodellprojekt fördert mit Hilfe von Regionalmoderatoren/innen diese kommunalen Reformprozesse in Richtung einer Stärkung von Prävention, einer Stärkung von flexiblen, individuell passenden Hilfen, einer stärkeren Regionalisierung der Jugendhilfe und eines stärkeren Einbezugs des sozialen Umfeldes, also der fallübergreifenden Arbeit im Gemeinwesen (in der KGST-Nomenklatur: „fallunspezifische Hilfe“). Um dies für eine ganze Region umzusetzen, ist auf vielen Ebenen Entwicklungs- und Reformarbeit zu leisten, die von den Regionalmoderatoren/innen angeleitet, unterstützt, dokumentiert und qualifiziert wird. Ich möchte an dieser Stelle jedoch nicht näher auf das Bundesmodellprojekt eingehen – es gibt ja einen regelmäßigen Rundbrief aus diesem Projekt, der kostenlos beziehbar ist (IGfH, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt, INTEGRA@igfh.de), es gibt Informationen im Internet ([www.integra-igfh.de](http://www.integra-igfh.de)) und es sind im Projektverlauf einige Bücher entstanden (vgl. KOCH/LENZ 1999, KOCH/LENZ 2000, PETERS/TREDE/WINKLER 2001, MÜNDR 2001, KOCH u.a. 2002).

### **Wer kooperiert mit wem?**

Erstens bedeutet Kooperation eine enge und verbindliche Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Träger und den freien Trägern in der Region, das heißt, es müssen zunächst einmal regionale Leitziele formuliert und es muss festgelegt werden, wie diese in einem schrittweise sich vollziehenden Reformprozess in

Realität überführt werden können. Es müssen verbindliche Leistungs- und Kooperationsvereinbarungen getroffen werden, es müssen neue Strukturen geschaffen werden, z.B. so genannte Stadtteilteams, in denen Mitarbeiter/innen des ASDs und des freien Trägers (der Jugendhilfestation) zusammenarbeiten.

Zweitens geht es um Kooperation unter den freien Trägern. Das ist ja zunächst eine heikle Geschichte, weil das Kooperation unter den Bedingungen von Wettbewerb und Konkurrenz bedeutet, dennoch ist sie notwendig, wenn man in sozialen Brennpunkten eine effektive Hilfe organisieren will und sie ist auch möglich, das zeigen z.B. die regionalen Trägerverbände in Celle, bei dem sich mehrere Träger zur gemeinsamen Fall- und Feldarbeit in je einem Stadtteil verbunden haben.

Kooperation bezieht sich im Rahmen des INTEGRA-Reformprozesses drittens auf die Zusammenarbeit der Hilfen zur Erziehung mit anderen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, vor allem mit den vor Ort ansässigen Schulen, Kindertageseinrichtungen, Horten und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit. Kinder und Jugendliche, so das Credo, sollen möglichst in Regelstrukturen verbleiben können, das heißt, man versucht eher eine zusätzliche Fachkraft zur Unterstützung eines „besonders schwierigen“ Kindes in einer Kindertagesstätte oder in einem Schülerhort einzusetzen, statt dieses Kind in eine Sonderbetreuungsform, z.B. eine Tagesgruppe, einzuweisen.

Und schließlich muss es eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und den Bürgern eines Stadtteils geben, das heißt Kooperation mit den Mandatsträgern und politisch Verantwortlichen, also mit Bürgermeister, Gemeinderäten usw. aber auch mit den informellen Gruppierungen, also mit Bürgerinitiativen, Vereinen, dem Pfarrer usw.

### **Erfahrungen aus dem Bundesmodellprojekt INTEGRA im Hinblick auf Kooperation und Vernetzung**

(1) Gute Kooperation von Hilfen zur Erziehung, von Angeboten und Diensten der Erziehungshilfen mit anderen ist kein Selbstzweck! Sie muss den potentiellen Adressat/innen der Hilfe, sie muss den Bürger/innen nützen. So kann es z.B. problematisch werden, wenn ein Stadtteilteam die Fallabklärung alleine unter den Profis, wie kooperativ auch immer, erledigt - und die Betroffenen außen vor bleiben.

(2) Kooperation und Vernetzung bedeutet nicht Verschmelzung! Man hat zwar einen gemeinsamen Gegenstand, z.B. einzelne Fälle oder eben auch den Sozialraum, den sozialen Brennpunkt, aber man hat darin verschiedene Aufga-

ben; dies muss man sich - gerade wenn viel kooperiert wird, immer wieder klar machen. An einem Beispiel sei die Notwendigkeit von Rollenklärung verdeutlicht: Im Bereich der Hilfeplanung kann es leicht zu Undeutlichkeiten kommen, wenn Stadtteilteams, in denen Mitarbeiter/innen des öffentlichen Trägers und der freien Träger zusammenarbeiten, über Hilfen nach §§ 27 ff entscheiden und nicht klar bleibt, dass die Mitarbeiter des ASD letztlich die Entscheidenden sein müssen: Denn dem zur Gewährleistung verpflichteten öffentlichen Träger kommt eindeutig die Steuerungsfunktion zu, während der freie Träger vom öffentlichen Träger beauftragt wird, eine Leistung durchzuführen. Dass dies auseinander gehalten wird, ist im Übrigen auch aus der subjektiven Sicht von Adressat/innen wichtig.

(3) Kooperation, so unsere Erfahrung geht am Besten, wenn man ko-operiert, also ganz wörtlich übersetzt: zusammen arbeitet, also an einem gemeinsamen Produkt tätig wird – das kann ein Stadtteilstück sein, das kann aber auch der Entwurf einer Leistungsvereinbarung sein, den man gemeinsam erarbeitet, oder es kann natürlich auch die Hilfe im Einzelfall sein, über die man sich abstimmt.

#### **Positiv auf Kooperation und Vernetzung wirkt es sich aus,**

- wenn man gemeinsame Ziele hat,
- wenn es in der Kommune eine klare Fachpolitik seitens des öffentlichen Trägers gibt, das heißt auch eine klare Steuerung, die angibt, wohin die Reise geht,
- wenn es einen gemeinsam und transparent erarbeiteten, verbindlichen Kooperationsrahmen gibt (in Form von Leistungsvereinbarungen, Qualitätsentwicklungsvereinbarungen, Checklisten, Dokumentationsbögen usw.),
- wenn mit der Kooperation letztlich fachliche und professionelle Gewinne verbunden sind, oder anders gesagt: Erfolg stärkt die Kooperation,
- wenn sich die Kooperationspartner gegenseitig vertrauen.

Aus dem INTEGRA-Projekt kann man sagen, dass es zudem äußerst nützlich ist, wenn der Qualifizierungsprozess im Rahmen von Fortbildungen usw. als gemeinsamer Prozess zwischen Mitarbeiter/innen verschiedener öffentlicher und freier Träger erfolgt, weil sich dadurch Mitarbeiter/innen nicht nur jenseits der normalen Arbeitsvollzüge besser kennen lernen, sondern auch eine gemeinsame Haltung und einen gemeinsamen Blick entwickeln können. Zweitens hat sich sehr bewährt, wenn Kolleg/innen

eine Zeit lang auch bei einem anderen Träger tätig werden, also Jobsharing machen, denn durch die Perspektivenverschränkung bekommt man einen ganz anderen Blick und kann anschließend besser kooperieren.

#### **Schwierig für Kooperationen ist es,**

- wenn die Geduld fehlt (Reformprozesse sind langwierig und mühselig),
- wenn die Ängste zu groß sind, dass die Sichtweisen und Hilfephilosophien des anderen Bereichs womöglich dominant werden, oder wenn man Angst hat, vom anderen System unzulässig eingespannt zu werden (Beispiel integrative Hilfen in der Kindertagesstätte, wenn dann die Erzieher/innen von Kindertagesstätten sehr schnell nach den zusätzlichen Sozialpädagogen/innen rufen, wo sie früher unter Umständen selbst klar gekommen wären),
- wenn kleine Träger sich ausgebootet fühlen,
- wenn Kooperationsgremien ohne klaren Auftrag und klare Verantwortlichkeit agieren,
- wenn keine klare Fachpolitik seitens der Politik und dem öffentlichen Träger vorhanden ist.

Auf die abschließende Frage, wie bedeutsam die Erziehungshilfen für Vernetzung und Öffnung im Stadtteil, gerade in sozialen Brennpunkten, sein können, möchte ich antworten, dass Jugendhilfe und ihre Angebote hierfür sehr bedeutsam sein können. Gerade sozialraumorientierte Jugendhilfe wird nämlich selbst zu einer wichtigen Ressource für die tragfähige soziale Infrastruktur eines Stadtteils.

#### **Kontakt:**

Wolfgang Trede  
Geschäftsführer der IGfH  
Schaumainkai 101-103  
60596 Frankfurt am Main  
wolfgang.trede@igfh.de

#### **Literatur**

- KOCH, J./LENZ, S. (Hg.) (1999): Auf dem Weg zu einer integrierten und sozialräumlichen Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation des 2. Bundestreffen INTEGRA der IGfH in Blankensee. Frankfurt (Main).
- KOCH, J./LENZ, S. (Hg.) (2000): Integrierte Hilfen und sozialräumliche Finanzierungsformen. Frankfurt (Main).
- KOCH, J. u.a. (2002): Mehr Flexibilität, Integration und Sozialraumbezug in den erzieherischen Hilfen. Zwischenergebnisse aus dem Bundesmodellprojekt INTEGRA. Frankfurt/M.
- MÜNDER, J. (2001): Sozialraumorientierung und das Kinder- und Jugendhilferecht. Rechtsgutachten im Auftrag von IGfH und SOS-Kinderdorf e.V. München.

PETERS, F./ TREDE, W./ WINKLER, M. (Hg.) (2001):  
Integrierte Erziehungshilfen. Qualifizierung der Jugend-  
hilfe durch Flexibilisierung und Integration? 2. Auflage,  
Frankfurt/Main.

Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.  
(Hg.) (2001): Sozialraumorientierung auf dem Prüfstand.  
Dokumentation einer Fachtagung der IGfH und des  
Sozialpädagogischen Institutes im SOS-Kinderdorf e.V.  
München.



## Offene Jugendarbeit und außerschulische Bildungseinrichtungen

Ich bin beim Verband für sozial-kulturelle Arbeit als Projektleiter des Programms „Outreach, mobile und sozialraumorientierte Jugendarbeit in Berlin“ tätig, das zur Zeit in neun Stadtbezirken bzw. fünfzehn Sozialräumen freizeitpädagogische Angebote für Jugendliche im Alter zwischen ca. 14 und 21 Jahren macht.

Mobile Jugendarbeit meint in erster Linie eine praktische Hinwendung zu den Jugendlichen an den Orten, an denen sie sich tatsächlich aufhalten. Das sind Parks und Straßen, allgemein gesprochen, der öffentliche Raum. Sozialraumorientierung in der Jugendarbeit meint erst mal eine Konzentration auf den Nahbereich der Jugendlichen, auf den Wohnbereich, die Nachbarschaft, den Kiez. Zum großen Teil arbeiten wir in sogenannten Brennpunktgebieten, auch wenn die nicht überall als Quartiermanagementgebiete (oder E&C-Gebiete) ausgewiesen sind. In den jeweiligen Sozialräumen sind Teams von mindestens zwei bis höchstens sechs Personen im Einsatz (abhängig von der Finanzierung). Insgesamt arbeiten 45 Personen in dem Projekt.

In diesen Kiezen leben häufig Jugendliche, die von den herkömmlichen Institutionen der Jugendarbeit nicht oder nicht mehr erreicht werden. Die Schule ist dabei die einzige Ausnahme, wobei allerdings zu bedenken ist, dass viele der Jugendlichen aus der Zielgruppe die Schule bereits verlassen haben. Ihre Schulkarrieren umfassen einen Sonderschul-, einfachen und erweiterten Hauptschulabschluss. Ein nicht geringer Teil der Jugendlichen verfügt aber über keinen Abschluss. Realschüler/innen und Gymnasiast/innen fallen so gut wie gar nicht in die Zielgruppe. Die Jugendlichen haben, zumindest was den Westteil der Stadt betrifft, zu über achtzig Prozent einen Migrationshintergrund. Sie sind überwiegend türkischer/kurdischer, arabischer, albanischer und (ex-)jugoslawischer Herkunft. Die Jugendlichen mit arabischem Hintergrund kommen meist aus dem Libanon. Im Ostteil der Stadt sind es überwiegend deutsche Jugendliche mit der signifikanten Ausnahme von Aussiedler-Jugendlichen, die hauptsächlich aus Kasachstan und Usbekistan stammen. Entsprechend ihrer unterschiedlichen Herkunft ist der aufenthaltsrechtliche Status der Jugendliche sehr verschieden.

Über die ökonomische Situation der Herkunftsfamilien der Jugendlichen lassen sich nur schwer generalisierbare Angaben machen.

Innerhalb der letzten zehn Jahre lässt sich eine Tendenz der allgemeinen ökonomischen Verschlechterung der Lebenssituation der Migrant/innen ausmachen, von der auch die Jugendlichen (z.T. in verstärktem Maße) betroffen sind.

Hier stelle ich nun unser Projekt vor und schließe ein paar Überlegungen und Erfahrungen an, die wir im Laufe der Zeit sammeln konnten. Dabei werde ich insbesondere folgenden Fragen nachgehen:

(1) Welche Rolle spielen Jugendfreizeiteinrichtungen oder wer erreicht eigentlich wen in sozialen Brennpunkten?

(2) Wie sieht denn die Sozialraumorientierung in der Jugendarbeit praktisch aus?

Abschließend möchte ich noch einige Anmerkungen zur Notwendigkeit eines interkulturellen Ansatzes in der Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten machen.

### Die Rolle von Jugendfreizeiteinrichtungen in sozialen Brennpunkten oder wer erreicht hier eigentlich wen?

Jugendfreizeiteinrichtungen in sozialen Brennpunkten machen oft einen traurigen Eindruck. Dies bezieht sich nicht unbedingt auf die bauliche und architektonische Gestaltung (obwohl auch die häufig zu wünschen übrig lässt) sondern in erster Linie auf die Atmosphäre, die von ihnen ausgeht. Unter sozialraumorientierten Gesichtspunkten betrachtet, geht selten eine Ausstrahlung in den Stadtteil von ihnen aus. Dies mag vielerlei Gründe haben, so zum Beispiel:

- Jugendeinrichtungen sind nicht mehr der Ort schlechthin, wo man seine Freizeit verbringt, sondern sie sind nur noch ein Freizeitort unter vielen.
- Die Besucher der Jugendfreizeiteinrichtungen sind Jugendliche, die sich andere Freizeitmöglichkeiten nicht leisten können oder wollen.
- Die Einrichtungen werden dominiert von einer kleinen Gruppe, die anderen den Zugang subtil oder auch massiv körperlich verwehrt.
- Die räumlichen Rahmenbedingungen der meisten Jugendeinrichtungen entsprechen kaum dem zielgruppenspezifischen Bedarf an Raumeignung.
- Die meisten Jugendeinrichtungen haben aufgrund ihrer Größe das Problem, dass sie verbindliche Regeln formulieren müssen, die relativ wenig Flexibilität in Bezug auf Möglichkeiten der Selbstgestaltung und Selbstorganisation zulassen.

So spiegeln die Einrichtungen in den sozialen Brennpunkten quasi als Mikrokosmos noch ein-

mal die soziale Entmischung der Stadtteile wider: Jugendeinrichtungen werden zu Treffpunkten der sozial am weitesten Ausgegrenzten. Der ursprüngliche konzeptionelle Leitgedanke der meisten Jugendeinrichtungen, allen Jugendlichen, die kommen, offen zu stehen, entspricht längst nicht mehr der sozialen Wirklichkeit. So ergibt sich häufig die Situation, dass auf der einen Seite an dem Anspruch festgehalten wird, offen für alle zu sein, tatsächlich aber nur Zielgruppen die Einrichtungen besuchen, die sich „rein zufällig“ hier durchsetzen konnten oder denen andere Freizeitorte verwehrt sind. Diese Zielgruppen sind dann allerdings konfrontiert mit einem zielgruppenunspezifischen Ansatz, der oftmals die Bedürfnisse der Jugendlichen nicht in ausreichendem Maße berücksichtigen kann. Viele Jugendeinrichtungen scheinen mit der Problematik in sozialen Brennpunkten überfordert zu sein. Die massive Verdichtung von sozialen Problemlagen und der gleichzeitige Anspruch für alle da zu sein, lassen häufig keine anderen Interventionsmöglichkeiten mehr zu als Hausverbote auszusprechen, Altersgrenzen einzuführen oder sich konzeptionell auf vermeintlich einfachere Zielgruppen (Mädchenarbeit) und Angebote (geschlossene Gruppen im künstlerisch-kulturellen Bereich) zu spezialisieren. Diese Form der Ausgrenzung bzw. Selbstausgrenzung von bestimmten Zielgruppen hat vor allem in sozialen Brennpunkten dazu geführt, dass die Zahl der Jugendlichen, die ihre Freizeit hauptsächlich auf der Straße oder im öffentlichen Raum verbringen, wächst.

In dieser Situation wurde nun in der Vergangenheit häufig der Einsatz von Streetwork als angemessene Methode propagiert, um gerade diese Jugendlichen zu erreichen. Und in der Tat bietet diese Herangehensweise zumindest unter dem Gesichtspunkt der Erreichbarkeit einige Vorteile. Es können gezielt Jugendliche im öffentlichen Raum angesprochen werden, die stationäre Angebote ansonsten eher meiden. Wenn auch die Erreichbarkeit von anderen Zielgruppen durch diesen Arbeitsansatz gewährleistet scheint, so darf dennoch nicht außer Acht gelassen werden, dass dieser Ansatz spezifische Beschränkungen beinhaltet:

Der öffentliche Raum weist selbst Ausgrenzungsmechanismen auf, die auch durch diese Herangehensweise nicht außer Kraft gesetzt werden können. Zum einen sind dies die Regeln der Straße, und zum anderen der Mangel an öffentlichen Plätzen überhaupt, die es erlauben sich ungestört zu treffen. Dieser Mangel führt nicht selten zu einer Konkurrenz um den öffentlichen Raum, bei der sich der Stärkere durchzusetzen vermag. Es ist deutlich geworden, dass diese Situation gerade in sozialen

Brennpunkten eine Eigendynamik in Gang setzt, an deren Ende eine zunehmende Belastung des Gemeinwesens mit allen negativen Begleiterscheinungen wie Stigmatisierung und Kriminalisierung von Jugendlichen steht. Aufsuchende Jugendarbeit kann diesem Prozess nichts Substantielles entgegensetzen, obwohl es ihr gelingt, die entsprechenden Zielgruppen zu erreichen. Das Bedürfnis nach Raumeignung oder das Einüben verbindlicher Regelwerke bleibt jedoch von diesem Arbeitsansatz unberührt. Das Erlernen derartiger Verbindlichkeiten setzt nämlich häufig das Vorhandensein von Räumen voraus, für die ein gemeinsames Regelwerk und seine Überprüfung entwickelt werden muss. Sowohl die Konzentration auf Jugendeinrichtungen als auch die alleinige Konzentration auf aufsuchende Arbeit (Streetwork) stellen demnach keine adäquate Problemlösungsstrategie dar. Wir ziehen daraus den Schluss, dass gerade für soziale Brennpunkte nur eine Kombination von mobilen und stationären Ansätzen die angemessene Antwort auf die Bedürfnisse der Jugendlichen ist: Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten bedarf einer Verzahnung von mobilen und stationären Angeboten. Über diese Kombination lassen sich Jugendliche ansprechen, die sonst um Jugendfreizeiteinrichtungen einen weiten Bogen machen. Und mit ihnen lassen sich Verhaltensweisen einüben, die im Idealfall zu selbstorganisierten und selbstverwalteten Strukturen führen können. Wir haben in diesem Zusammenhang das so genannte Stützpunktkonzept entwickelt, bei dem „Jugendliche von der Straße“ mittels eines gruppenpädagogischen Angebotes befähigt werden, Stützpunkte (Jugendstadteilläden, selbstorganisierte Jugendräume u.ä.) weitestgehend selbst zu organisieren. Diese Stützpunkte haben den Vorteil, dass ihre Regelwerke mit den Gruppen der Nutzer gemeinsam wachsen und sich ihrem Entwicklungsstand entsprechend verändern können. Zum anderen müssen sie nicht erobert werden, da sie sowieso nur ein oder zwei Gruppen Platz bieten. Die Stützpunkte sind ein Angebot für Jugendliche, die sich vorwiegend im öffentlichen Raum aufhalten und denen der Zugang zu Jugendeinrichtungen verwehrt ist. Sie stehen explizit diesen Zielgruppen als nutzbare Ressource zur Verfügung. Sie dienen dazu, dass Jugendliche relativ frei von den Zwängen der Erwachsenenwelt ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse entwickeln können. Gleichzeitig sind sie Anlaufpunkte für Beratung und Unterstützung der Jugendlichen in allen sie betreffenden Dingen.

Nun stellen die Stützpunkte keine Jugendeinrichtung in Miniaturformat dar, obwohl auch in ihnen freizeitpädagogische Angebote ge-

macht werden, sondern wesentlich ist hier, dass die Jugendlichen diese Stützpunkte auch selbstverantwortlich für einen bestimmten Zeitraum (etwa für ein Wochenende) nutzen können. Je verantwortlicher sich die Jugendlichen hierbei zeigen, desto mehr Autonomie bis hin zur temporären Schlüsselübergabe, wird ihnen zugestanden. Die Rolle der Pädagog/innen besteht darin, einzuschätzen, inwieweit Jugendliche mit einer selbstverantwortlichen Nutzung überfordert sind, oder inwieweit sie einen selbstverantwortlichen Umgang mit dem Stützpunkt gewährleisten können. Diejenigen, die einen solchen Umgang erst noch lernen müssen, werden von den Jugendarbeiter/innen darin unterstützt. Die selbstverantwortliche Nutzungsmöglichkeit wird darüber hinaus auch Eltern und Vereinen aus dem jeweiligen Kiez angeboten.

### **Zur Sozialraumorientierung in der Jugendarbeit**

Im Denken und Handeln vieler Jugendlicher spielt die sozialräumliche Orientierung eine zentrale Rolle. Das Zugehörigkeitsgefühl zum Kiez, der als Heimat empfunden wird, in dem man sich auskennt, und in dem die entscheidenden Beziehungen hergestellt werden, ist bei vielen Jugendlichen sehr ausgeprägt. Der Begriff der Sozialraumorientierung ist dabei aber nicht überall und unter allen Umständen deckungsgleich mit den administrativen Planungseinheiten der Bezirksverwaltungen, sondern umfasst auch die lebensweltlichen Dimensionen.

Der sozialraumorientierte Arbeitsansatz bietet gute Voraussetzungen zum Aufbau sozialer Netze. Durch Vernetzung haben sich in den Sozialräumen häufig tatsächlich die berühmten Synergien entwickelt, die eine strukturierte und kontinuierliche Kooperation zugunsten der Jugendlichen ermöglichen. Stichworte sind hier etwa die Erschließung von Ressourcen im Stadtteil wie z.B. Vereinssportplätze, Schulturnhallen für sportliche Aktivitäten usw. Aber auch das Gemeinwesen profitiert von Platzbelegungsaktionen, Straßenfesten oder kulturellen Events. Über diese Form der Zusammenarbeit werden nicht nur die Angebote im Sozialraum effektiver, sondern auch die Möglichkeiten der Einflussnahme auf lokale sozial- und jugendpolitische Entscheidungen lassen sich erweitern. Sozialraumorientierung bedeutet aber auch die Einbeziehung von Schlüsselpersonen, lokalen Akteur/innen, die im Kiez Einfluss ausüben können, auch oder gerade, wenn sie nicht aus dem sozialen Bereich kommen. Damit die Idee der Vernetzung nicht zu einer Sprechblase verkommt, bedarf es allerdings ei-

niger Voraussetzungen, die alle Beteiligten in einem oft mühevollen Prozess schaffen und sich erarbeiten müssen:

- Anerkennung der unterschiedlichen Kompetenzen der Träger/Akteur/innen,
- Anerkennung der Arbeitsteiligkeit und damit einhergehend Anerkennung der Tatsache, dass nicht jeder alles gleichgut kann,
- prinzipielle Bereitschaft die eigenen Ressourcen bis zu einem gewissen Grad als öffentliche Ressourcen zu definieren,
- der Wille zur Kooperation auf gleicher Augenhöhe.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es letztlich über den sozialraumorientierten Ansatz nicht nur gelungen ist, Bedingungen zu schaffen, die eine Integration der Jugendlichen in das Stadtteilgefüge und somit eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben des Stadtteil ermöglichen. Es konnte auch sichergestellt werden, dass sich die Angebote der mobilen Jugendarbeit z.B. die Stützpunkte nicht als „jugendliches Ghetto“ im Kiez etablieren, sondern auch als Ausgangspunkt sozialräumlicher Aneignung fungieren.

### **Zur Notwendigkeit der Entwicklung einer interkulturellen Praxis**

Ein wesentlicher Faktor besteht allerdings neben der breiten methodischen Herangehensweise auch in dem personalen Angebot, das die Jugendsozialarbeit bereitstellt. Gerade in sozialen Brennpunkten verläuft die Identifikation der Jugendlichen eben nicht nur über Räume, sondern über die konkret handelnden Menschen, die unter Umständen angemessene (Rollen-)Modelle darstellen können. Wir haben versucht, dem zielgruppenspezifischen Bedarf auch bei der Auswahl der Mitarbeiter/innen Rechnung zu tragen. Die Erfahrungen der mobilen Jugendarbeit in Stadtteilen mit hohem Anteil an Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft haben gezeigt, dass Teams mit ausschließlich deutschen Jugendarbeiter/innen aufgrund mangelnder Kenntnis der kulturellen Lebenswelten, der Sprache und des Wertesystems dieser Zielgruppen häufig überfordert sind. Als optimal hat sich deshalb eine Teamzusammensetzung erwiesen, in der sowohl deutsche Sozialarbeiter/innen als auch Jugendarbeiter/innen aus anderen Kulturkreisen vertreten sind. Zum Teil gehen wir aber noch darüber hinaus: Im Fall des Modellprojektes Neukölln bspw. konnten wir auch Mitarbeiter/innen gewinnen, die z.T. selbst in Neukölln aufgewachsen sind und neben den Kenntnissen der kulturellen Lebenswelt auch über besondere Kiez- und Szenekenntnisse verfügen. Während diese Mitarbeiter/innen Zugänge zu

den Jugendlichen und den türkischen und arabischen communities immens erleichtern, können die deutschen Kolleg/innen ihr sozialarbeiterisches Know-how (Umgang mit Ämtern und Behörden, juristische Fachkenntnisse etc.) in den teaminternen Kommunikationsprozess mit einbringen. Damit wurde auch den Jugendlichen die Möglichkeit geboten, mitzuerleben, wie Menschen unterschiedlicher kultureller Lebenswelten sich gegenseitig ergänzen, verstehen und respektieren lernen. Ein weiterer positiver Aspekt, der sich aus dieser Teamzusammensetzung ergibt, ist die Tatsache, dass die Mitarbeiter/innen türkischer und arabischer Herkunft die aus der jeweiligen Kultur resultierenden Wertesysteme der Jugendlichen genauestens kennen und ihnen deshalb sehr schnell Respekt und Autorität zuerkannt wird. Diese Position ist gerade bei schwierigen Zielgruppen von Bedeutung, wenn es z. B. darum geht, verschiedene Nutzungsinteressen der Jugendlichen untereinander auszuhandeln, oder wenn eine dominante Gruppe versucht, einen Stützpunkt für sich alleine zu erobern. Die von den Mitarbeitern gesetzten Grenzen wurden bislang von den Jugendlichen, wenn auch z. T. unter großem Protest, stets akzeptiert.

Um Ressourcen zu erschließen, müssen in der Regel Kooperationen eingegangen werden. Ein nicht zu unterschätzender Faktor besteht dabei in der Kooperation mit den verschiedenen ethnischen communities. Neben der horizontalen und vertikalen Vernetzung mit den Akteur/innen im Stadtteil kommt es darauf an, mit den verschiedenen ethnischen communities zusammenzuarbeiten. Ein wichtiger Schlüssel für den Erfolg bei Partizipationsprojekten mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist es, die Strukturen dieser communities überhaupt erst mal zu kennen und zu nutzen.

Es bleibt festzuhalten, dass sozialraumorientierte Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten auch die Entwicklung einer interkulturellen Praxis bedeutet, und dass eine interkulturelle Praxis interkulturell orientierter sozialer Orte bedarf und mit entsprechenden Mitarbeiter/innen ausgestattet sein muss, und schließlich noch, dass diese Mitarbeiter/innen gemeinsam interkulturelle Kompetenzen entwickeln müssen.

# Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten – Angebote und Kooperationen

## Modellgebiete Wissenschaftliche Begleitung E&C

<b>Berlin</b>	Moabit-West
<b>Dillingen/Saar</b>	Innenstadt
<b>Dortmund</b>	Innenstadt-Nord
<b>Frankfurt a.M.</b>	Unterliederbach-Engelsruhe
<b>Hamburg</b>	Horner Geest
<b>Hof</b>	Bahnhofsviertel
<b>Mannheim</b>	Frischer Mut/Durlacher Str.
<b>Chemnitz</b>	Limbacherstraße
<b>Dresden</b>	Prohlis/Reick
<b>Potsdam</b>	Stern/Drewitz
<b>Rostock</b>	Groß Klein
<b>Zittau</b>	Innenstadt-Süd

Abb.1

In der wissenschaftlichen Begleitung des Programms E&C sind im Herbst 2001 zwei Erhebungen in den zwölf ausgewählten Modellgebieten (Abb. 1) durchgeführt worden: eine schriftliche Befragung der Leiterinnen und Leitern von Einrichtungen der Jugendhilfe und Interviews mit ausgewählten Schlüsselpersonen. Im folgenden werden erste Ergebnisse der Netzwerkinderviews an zwei Beispielen in abstrahierter und anonymisierter Form und ausgewählte Ergebnisse der Befragung der Leiterinnen und Leiter vorgestellt.

In den Modellgebieten gibt es unterschiedlichen Formen der Vernetzung innerhalb der Jugendhilfe und mit Institutionen außerhalb der Jugendhilfe.

Im ersten Beispiel (Abb. 2 bis 3) werden die Aktivitäten der sozialen Stadtteilentwicklung durch eine Arbeitsgruppe der städtischen Ämter koordiniert, die auch für das Quartiersmanagement im Programmgebiet verantwortlich ist (Abb. 2). In dem Stadtteil gibt es ebenfalls seit langem eine gut funktionierende Zusammenarbeit von unterschiedlichen Trägern und Gruppen, die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe aktiv sind (Abb. 3). Das Quartiersmanagement beteiligt sich an diesem Netzwerk und bezieht die bereits vorhandenen Strukturen in seine Aktivitäten mit ein. Im zweiten Beispiel (Abb. 4 und 5) werden die Planungen und Entscheidungen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ zwischen den Ämtern in der Steuerungsgruppe abgestimmt, daran ist auch das Jugendamt beteiligt (Abb. 4). Außerdem gibt es eine gut funktionierende Kooperation zwischen dem Jugendamt und dem Quartiersmanagement (Abb. 5). Die Planung der Pro-

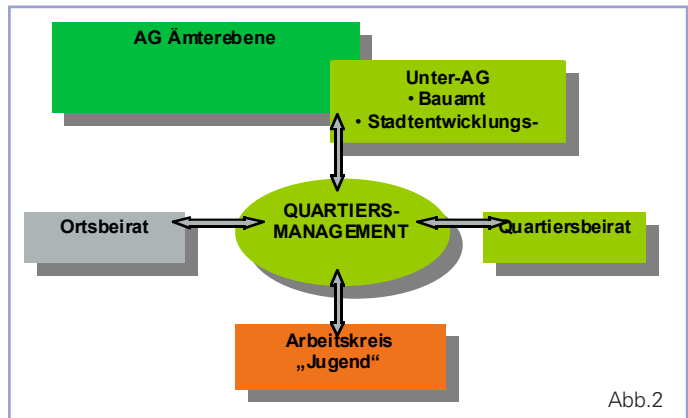


Abb.2

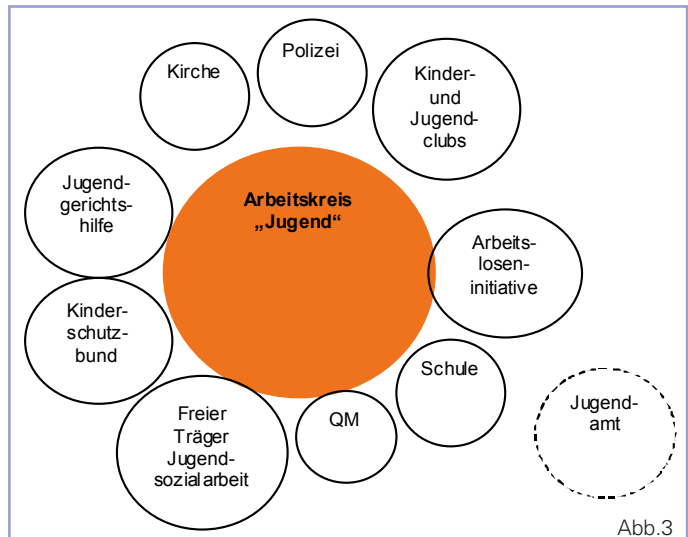


Abb.3

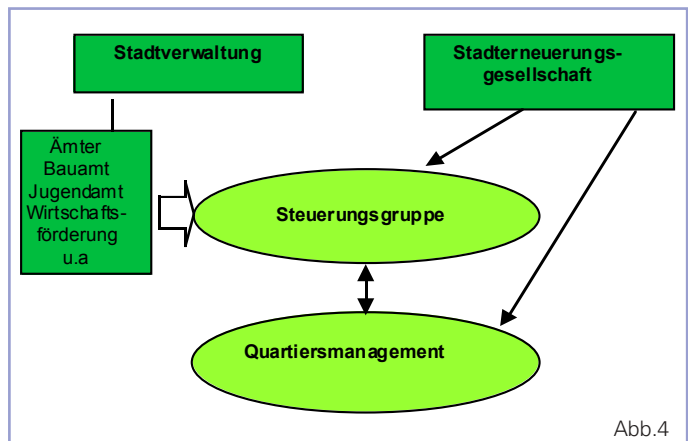


Abb.4

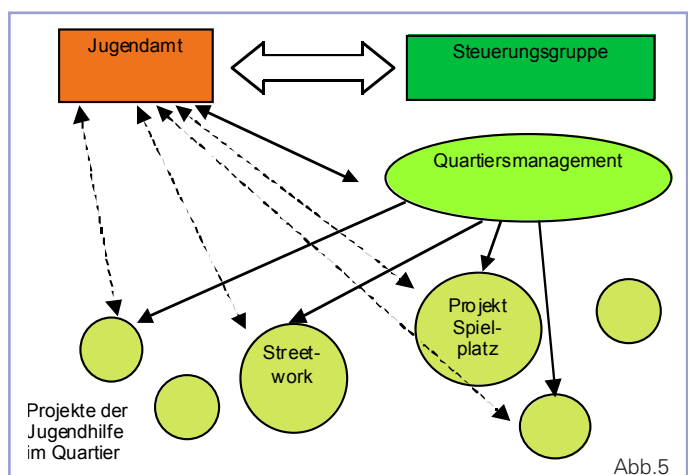


Abb.5

jekte verläuft bislang vor allem zwischen dem Jugendamt, dem Quartiersmanagement und den Trägern. Im Programmgebiet entsteht allerdings ein Netzwerk von Trägern der Jugendhilfe. Anlaß sind Probleme der Betreuung von Kindern. Das Jugendamt und die Schule im Programmgebiet werden aktiv und beraten mit dem Quartiersmanagement und den Einrichtungen und Initiativen im Programmgebiet, wie Betreuungsangebote für Kinder geschaffen werden können. Auf einer Zukunftswerkstatt werden Ideen für ein gemeinsames Konzept entwickelt, das von einem externen Beauftragten konkretisiert wird.

Das Programm E&C kann, wie an diesen Beispiel sichtbar wird, einerseits an bereits bestehende und funktionierende Netzwerke anknüpfen, es regt andererseits die Entstehung neuer Netzwerke an. Wichtig ist dabei auch, wie die Beispiele ebenfalls zeigen, eine Abstimmung zwischen den Bereichen der Stadtentwicklung und der Jugendhilfe. Neben der Kooperation und Koordination auf Stadtteile-

bene ist eine Zusammenarbeit zwischen den verantwortlichen städtischen Ämtern unverzichtbar.

Themen der Befragung der Leiterinnen und Leiter von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in den Modellgebieten sind: Trägerschaft und Angebote der Einrichtungen, Personal, Finanzen, Kooperation und Vernetzung, Infrastruktur und soziale Probleme im Quartier und Einschätzungen zur Situation von Jugendlichen im Quartier.

Erste Auswertungen der Befragung der Leiterinnen und Leiter von Einrichtungen der Jugendhilfe in den Modellgebieten weisen auf einen hohen Anteil öffentlicher Träger im Vergleich zu freien Trägern hin, insbesondere in den alten Bundesländern (Abb. 6). Fast die Hälfte der befragten Einrichtungen bieten Angebote im Bereich der Jugendarbeit an, mehr als ein Drittel im Bereich von Jugendsozialarbeit (Abb. 7). Dies weist auf eine relativ gute Infrastruktur im Bereich der Jugendarbeit und einen relativ hohen Bedarf im Bereich der

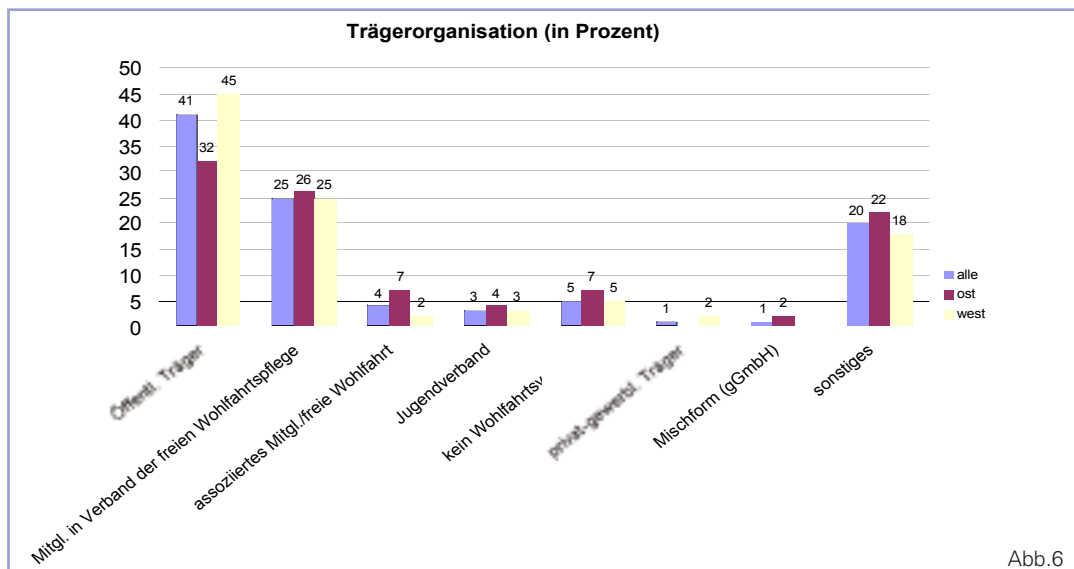


Abb.6

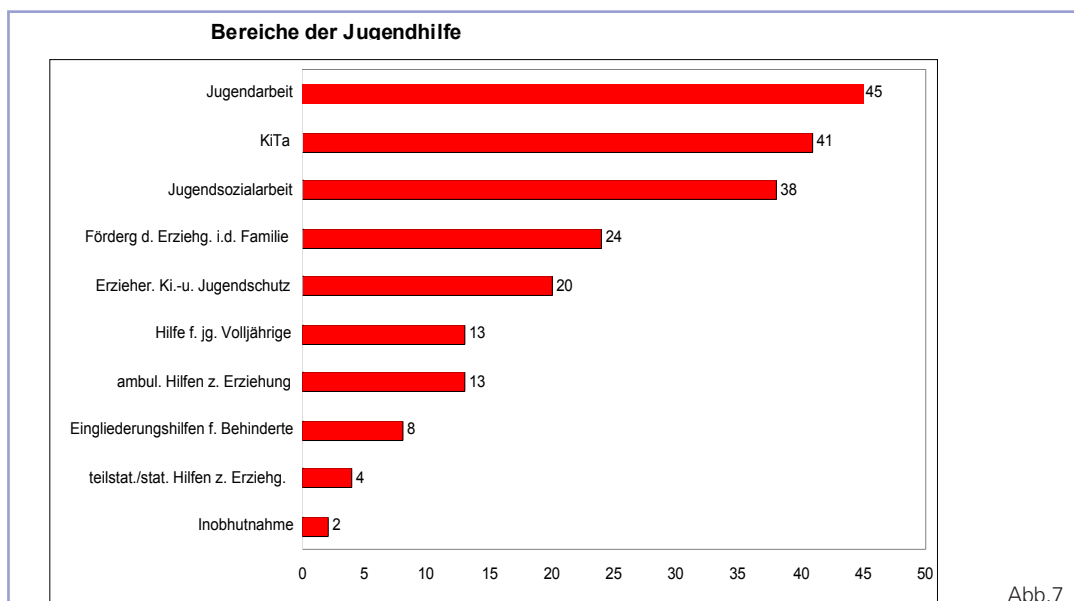


Abb.7

(ausbildungs- und arbeitsweltbezogenen) Jugendsozialarbeit in den Modellgebieten hin. Auch die relativ hohen Nennungen bei den Angeboten in den Bereichen Förderung der Erziehung in der Familie und Hilfen zur Erziehung können als Hinweise auf einen besonderen Problem- und Förderungsbedarf in sozialen Brennpunkten interpretiert werden. Bei den Angeboten in den Bereichen von Jugend- und Jugendsozialarbeit gibt es große Unterschiede zwischen Ost und West (Abb. 8).

Ein Schwerpunkt der Befragung befaßte sich mit dem Thema Kooperation. Die meisten Kooperationen zwischen den befragten Einrichtungen und anderen Institutionen innerhalb und außerhalb der Jugendhilfe finden im Rahmen von Einzelprojekten und konkreten Maß-

nahmen, von stadtteil- bzw. themenbezogenen Arbeitskreisen und fallbezogen statt (Abb. 9). Diese Kooperationen werden insgesamt als „eher zufriedenstellend“ bewertet (1 = zufriedenstellend, 4 = nicht zufriedenstellend) (Abb. 10). Erste Auswertungen zeigen, dass diese Kooperationen insgesamt durchaus verbesserungsfähig sind, die Ergebnisse weisen auf einen vorhandenen Bedarf an Beratung und Förderung zur Verbesserung der Kooperationen hin. Die befragten Einrichtungen kooperieren mit einer Vielzahl von anderen Einrichtungen (Abb. 11). Die meisten Nennungen erhalten die Schule, das Jugendamt und die Polizei. Auch hier sind die Bewertungen der Kooperation mit einigen wichtigen Institutionen eher gut, sie sind allerdings nicht optimal.

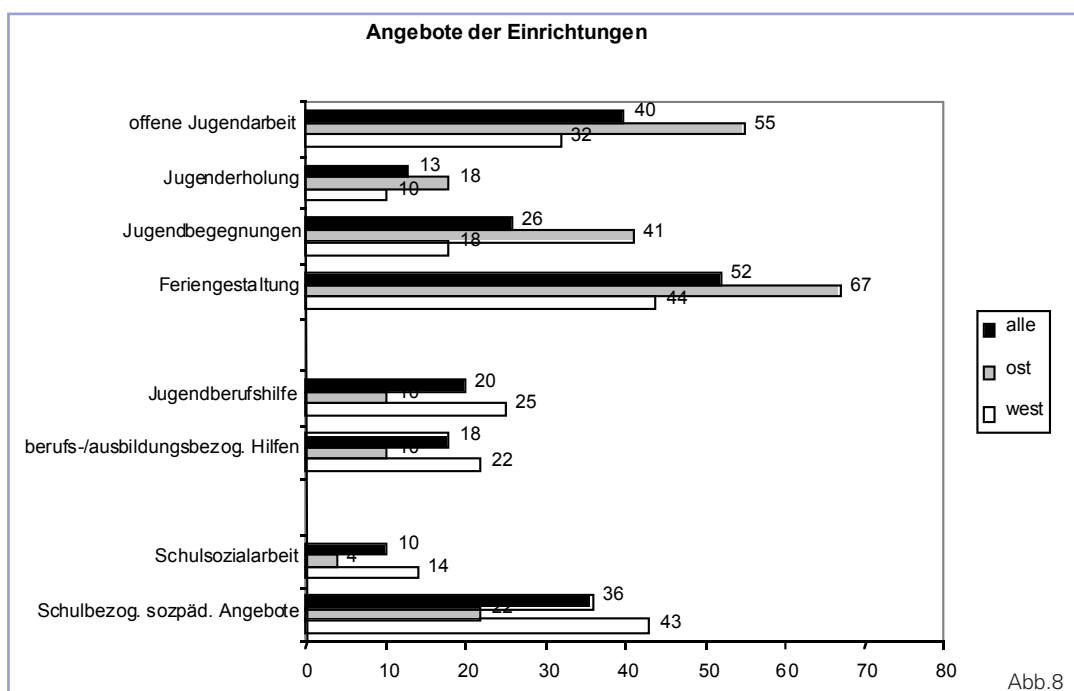


Abb.8

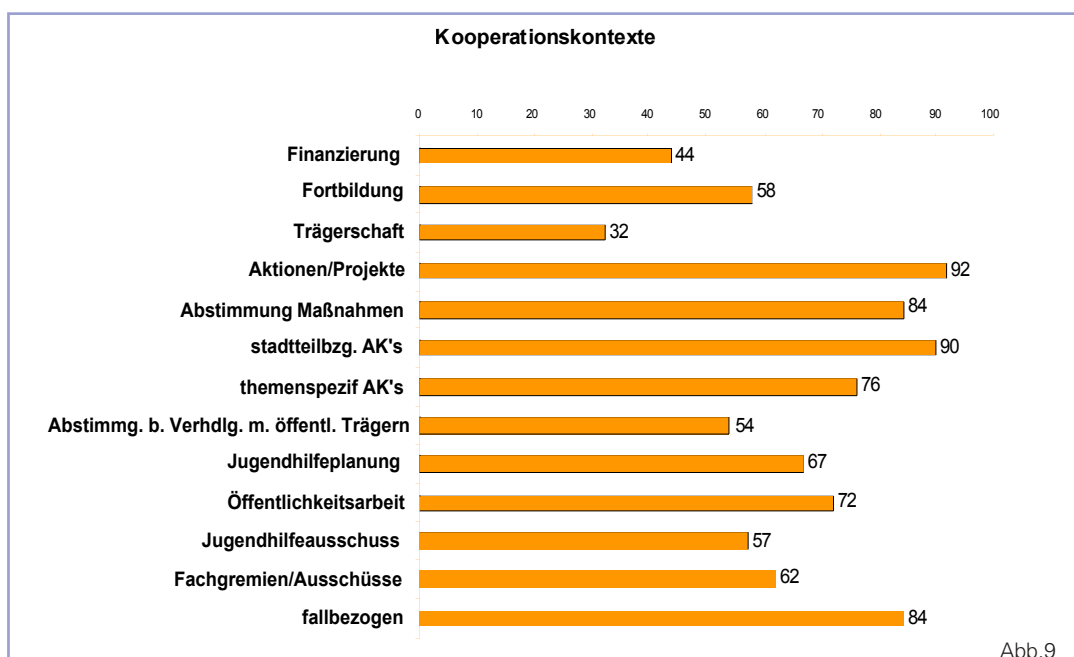
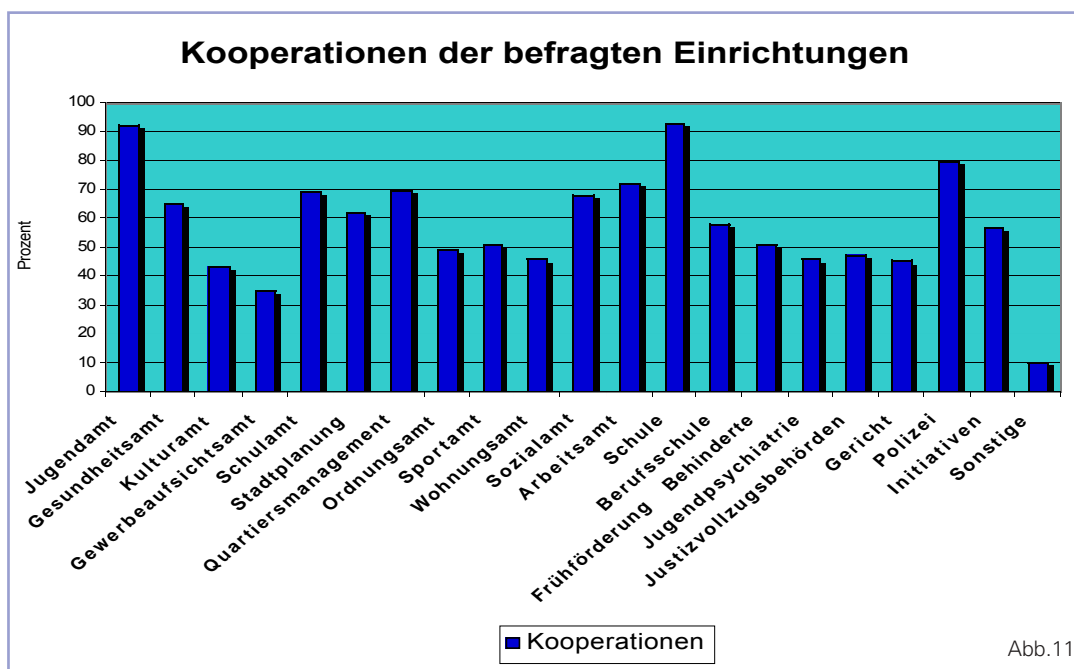
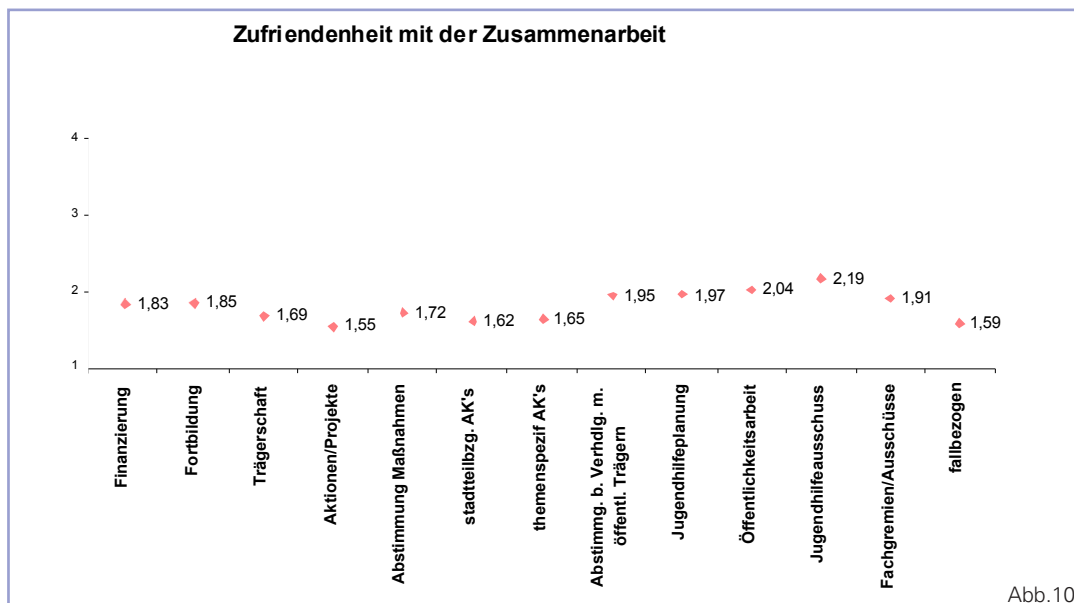


Abb.9

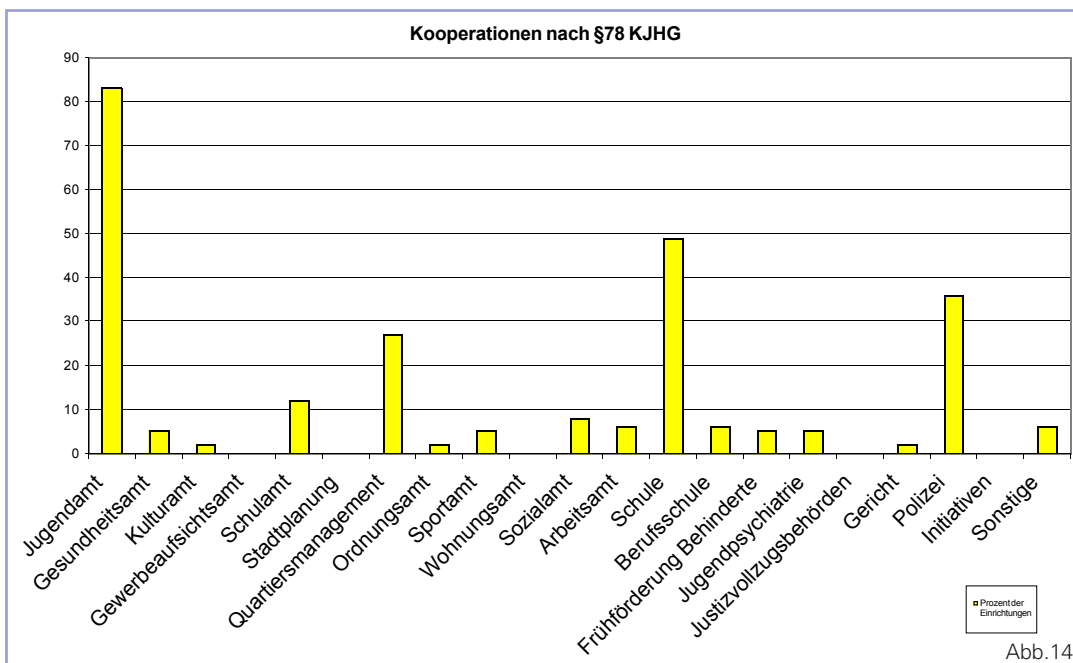
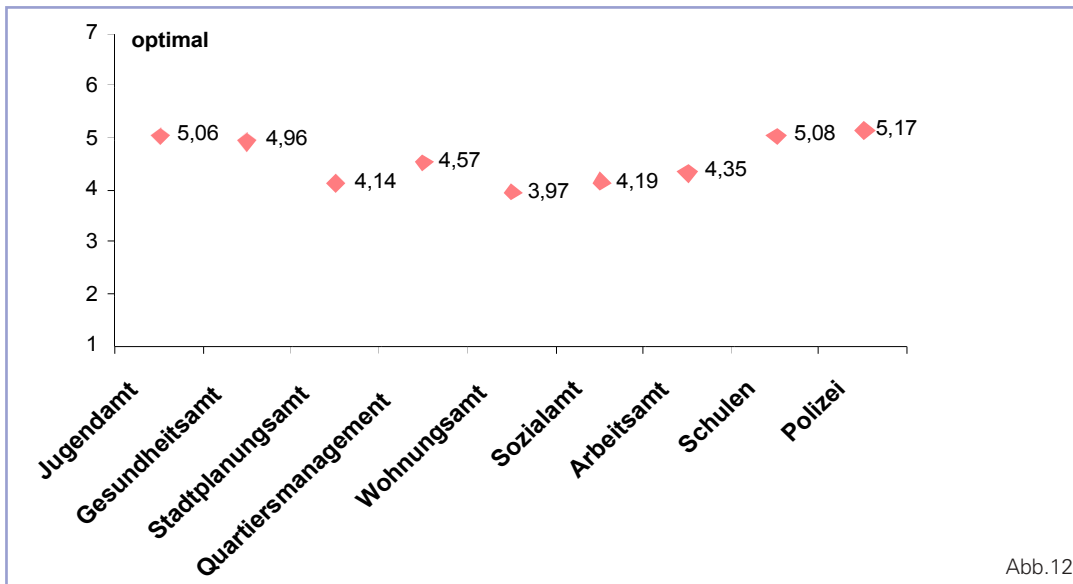
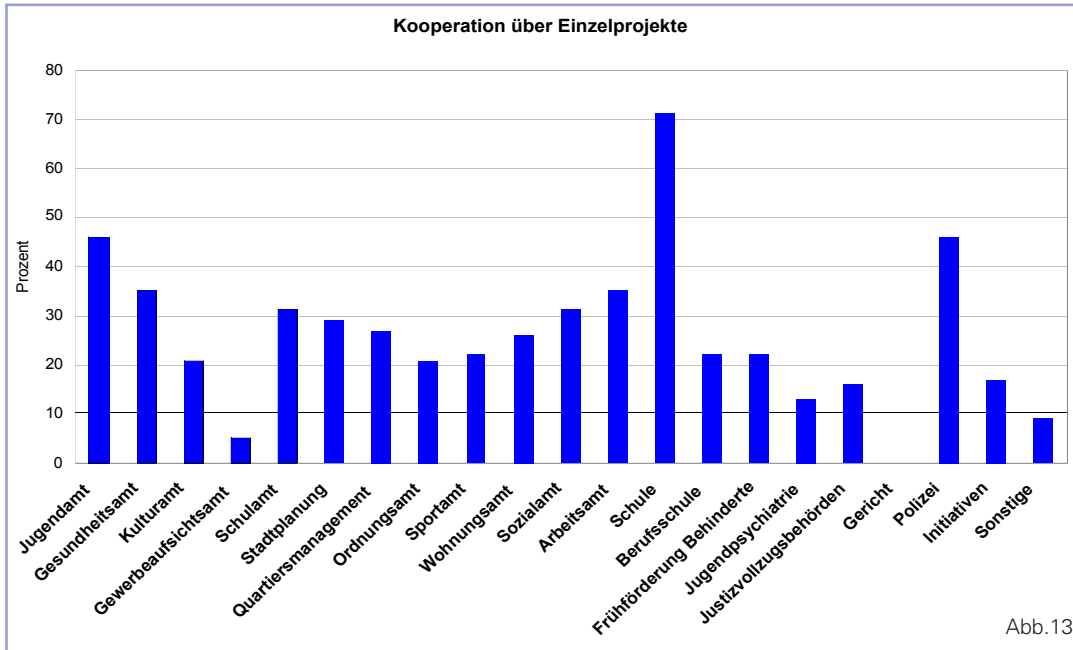


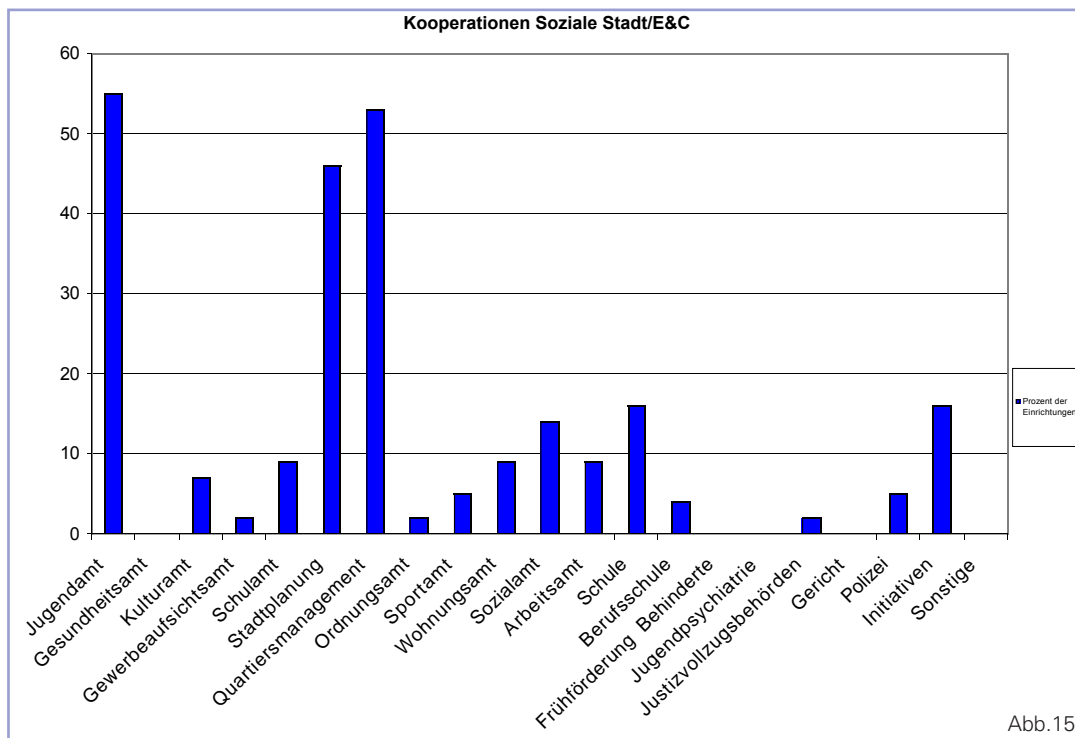
Auch diese Ergebnisse deuten auf einen konkreten Handlungsbedarf für die Verbesserung der Zusammenarbeit hin (Abb. 12). Bei Kooperationen in Form von Einzelprojekten fällt der hohe Anteil der Schule auf; fast drei Viertel der Einrichtungen, die in Form von Einzelprojekten mit anderen zusammenarbeiten, kooperieren dabei mit Schulen (Abb. 13). Von den Einrichtungen, die im Rahmen von §78 KJHG mit anderen kooperieren, geben fast vier Fünftel das Jugendamt an, immerhin noch fast die Hälfte die Schule und mehr als ein Drittel die Polizei (Abb. 14). Bei der Zusammenarbeit im Rahmen der Programme Soziale Stadt und E&C nennen ungefähr die Hälfte der Einrichtungen, die in diesem Kontext mit anderen kooperieren, die Stadtplanung und das Quartiersmanagement und ungefähr jede sechste Einrichtung eine (Bürger-)Initiative (Abb. 15). Auch dieses Er-

gebnis zeigt, daß wichtige Impulse und Vorstellungen des Programms E&C auf eine Praxis treffen, in der dies zu realisieren versucht wird. Neben vorhandenen Ressourcen und Potentialen in den Modellgebieten wird dabei allerdings auch ein erheblicher Entwicklungsbedarf sichtbar.

Diese ersten Einschätzungen werden im Zuge der weiteren Auswertungen konkretisiert und mit anderen Daten verglichen. Detailliertere Berichte zu der Befragung der Leiterinnen und Leiter und zu den Netzwerkinterviews sind beim Projekt „Netzwerke im Stadtteil – Wissenschaftliche Begleitung E&C“ des Deutschen Jugendinstituts erhältlich (Deutsches Jugendinstitut, Nockherstr. 2, 81541 München oder über Internet [www.dji.de/wissenschaftliche-begleitung-eundc](http://www.dji.de/wissenschaftliche-begleitung-eundc)).







## **Zielgruppenkonferenz der aus dem KJP geförderten bundeszentralen freien Träger**

**Thema:** „Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten“

**Veranstalter:** Stiftung SPI, Regiestelle E & C  
im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

**Datum:** 14. Juni 2002

**Ort:** Hotel Mercure Atrium Hannover  
Karl-Wiechert-Allee 68  
30625 Hannover

10:30 **Öffnung des Tagungsbüros**

11:00 **Begrüßung**  
*Hartmut Brocke, Stiftung SPI*  
*Peter Kupferschmid, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

11:30 **Sozialräumlich orientierte Strategien und die Bedeutung von Einrichtungen im Stadtteil**  
*Dr. Herbert Scherer, Verband für sozial-kulturelle Arbeit*

12:15 **Nachfragen / Diskussion**

12:45 **Mittagspause**

13:45 **Arbeitsforen**

**Gemeinsame Themenstellung: Öffnung und Vernetzung im Stadtteil**

### **Forum 1**

#### **Kinderbetreuungseinrichtungen**

Einstieg mit Impuls durch Einrichtungsleiter/in und Vertreter/in der bundeszentralen freien Träger

*Wolfgang Kempf, Waldemarhof e.V., Rostock*

*Gretel Wildt, Diakonisches Werk EKD*

*Moderation: Andreas Hemme, Regiestelle E&C*

## **Forum 2**

### **Erziehungshilfen und Soziale Beratung**

Einstieg mit Impuls durch Einrichtungsleiter/in und Vertreter/in der bundeszentralen freien Träger

*Birgit Hamar, Jugendhilfestation des VSP (Verbund sozialer Projekte e.V.)*

*Wolfgang Trede, Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH)*

*Moderation: Rainer Schwarz, Regiestelle E&C*

## **Forum 3**

### **Offene Jugendarbeit und außerschulische Bildungseinrichtungen**

Einstieg mit Impuls durch Einrichtungsleiter/in und Vertreter/in der bundeszentralen freien Träger

*Willy Essmann, Outreach Landesgruppe Berlin e.V., Verband für sozial-kulturelle Arbeit*

*Gabriele Hagmans, Bund der Deutschen Katholischen Jugend*

*Moderation: Sandra Scheeres, Regiestelle E&C*

15:15 **Plenum**

**Stadtteilnah, offen und vernetzt – Die Zukunft der Einrichtungen in sozialen Brennpunkten**

#### **Impulsreferat:**

Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten – Angebote und Kooperationen / Erste Ergebnisse der Befragung von Einrichtungsleiter/innen durch die wissenschaftliche Begleitforschung des Programms E&C

*Dr. Wolfgang Mack, Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)*

#### **Diskussion der Arbeitsergebnisse aus den Foren**

16:00 **Zusammenfassung**

*Hartmut Brocke, Stiftung SPI*

16:15 **Ende der Konferenz**

**Teilnehmerliste 14. Juni KJP-Konferenz**

Nr.	Name	Vorname	Institution	Strasse	Ort	Tel	Fax	Email
1	Albani	Ute	Stadtverwaltung Glauchau	Markt 1	08371 Glauchau	03763-65423	03763-65250	stadjugendpflege@glauchau.de
2	Albrecht	Martina	Mütterzentrum Huchting e.V.	Amersfoorter Str. 8	28259 Bremen	0421-589200	0421-587821	muetterzentrum.hb-huchting@web.de
3	André	Ruth	Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern	Lindenspürstr. 39	70176 Stuttgart	0711-6375443	0711-6375449	ruth.andre@lww-wh.de
4	Aumüller	Susanne	Jugendhilfehaus St. Elisabeth	Orleansstr. 6-10	95028 Hof/Saale	09281-819450	09281-8194521	st.elisabeth@bnhof.de
5	Avramenko	Dimitrij	IB KJHZ Schwerin	Kepler Str. 23	19063 Schwerin	0385-208240	0385-2082430	
6	Bergmann	Friedrich	Schulkinderclub Spliedtring	Spliedtring 44-46	22119 Hamburg	040-6531392	040-65390109	friber@t-online.de
7	Bleicker	Stefan	KJFE Hosemannstr. 14 BA Pankow	Hosemannstr. 14	10409 Berlin	030-4212073	030-4212073	kjfe.gaesteetage@freenet.de
8	Block	Marita	Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Hamburg e.V.	Wandsbeker Chaussee 8	22089 Hamburg	040-41520160	040-41520190	marita.block@paritaet-hamburg.de
9	Blümel	Marius	Freizeit und Bildungszentrum Westhagen	Jenaer Str. 39a	38444 Wolfsburg	05361-888053		
10	Böckelmann	Sabine	CJD Perleberg	Bäckerstraße 20	19348 Perleberg	03876-783429	03876-783430	
11	Bradua	Monika	ISS e.V.	Am Stockborn 5-7	60439 Frankfurt a.M.	069-95789159	069-95789190	monika.bradua@iss-ffm.de
12	Braß	Gaby	Städt. Komb. Kindertagesstätte Dortmund	Lünener Str. 25	44145 Dortmund	0231-834688		gbrass@stadtdo.de
13	Brombach	Hartmut	Internationaler Bund ZGF	Burgstr. 106	60389 Frankfurt a.M.	069-94545220	069-94545373	hartmut.brombach@internationaler-bund.de
14	Buckley	Stefan	Outward Bound	Nymphenburgerstr. 42	80335 München	089-1215110	089-12151110	buckley@outwardbound.de
15	Carnarius	Anja	Stadtjugendring Sondershausen	Ostertal 1	99706 Sondershausen	03632-58028	03632-666819	
16	Carstensen	Henning	NGB-Jugendhilfeverband	Obere Dorfstr. 3	25524 Itzehoe	04821-40080	04821-400840	henning.carstensen@ngd-jugendhilfeverband.de
17	Dedekind	Marion	AFET e.V.	Osterstr. 27	30159 Hannover	0511-35399166		
18	Diehe	Kathrin	Stadt Hildesheim	Hannoversche Str. 6	31134Hildesheim	05121-301431	05121-301737	
19	Durcak	Marlies	Kinderhaus	Frischer Mut 1-3	68305 Mannheim	0621-754430	0621-754430	
20	Egedorf	Anke	Friedrich-Ebert-Schule Nienburg	Marschstr. 23	31535 Neustadt	05032-65395		
21	Endter	Maria	Kita Sonnenschein	Steidlstr. 98b	36039 Fulda	0661-500154		
22	Ferber	Cornelia	Jugendamt Dortmund	Ostwal 64	44122 Dortmund	0231-5026712		rgasch@stadtdo.de
23	Frick	Damaris	Heilsarmee Chemnitz	Horst-Menzel-Str. 5	09112 Chemnitz	0371-3839020	0371-38390222	happy-heinrich@gmx.de
24	Frommhold	Christine	Kindervereinigung Dresden e.V.	Eisenacher Str. 19	01309 Dresden	0351-3101946	0351-31905550	
25	Gansau	Martin	Rund um Hannibal	Klaunburger Str. 2	44145 Dortmund	0231-810842	0231-810843	info@treffpunkthannibal.de
26	Gattner	Heike	Städt. Kindergarten	Münsterstr. 38	44145 Dortmund	0231-819033		hgattner@stadtdo.de
27	Geier	Norbert	Duisburger Werkliste	Dahlstr. 42	47169 Duisburg	0203-3465411	0203-3465444	norbert.geier@werkliste.de
28	Ghazi Zahedi	Fatemeh	AWO KV Hannover-Stadt	Holzweiden 61	30179 Hannover	0511-3731024	0511-3731025	lift@awo-hannover.de
29	Glimm	Klaus-Peter	Deutscher Kinderschutzbund OV Greifswald	Vulkanstr. 7	17489 Greifswald	03834-504524		k.glimm@t-online.de
30	Gorges	Gisela	FAU mbH Sondershausen	Frankenhäuser Str. 64	99706 Sondershausen	03632-6190	03632-619299	fau-sondershausen@t-online.de
31	Gothé	Andreas	Stadtjugendring Sondershausen	Zum Österfort 1	99706 Sondershausen	03632-58028	03632-666819	
32	Grandt	Berthold	Jugendamt Rostock	Am Neuen Markt 3	18055 Rostock	0381-3812536	0381-3812612	
33	Grimm		Landkreis Bitterfeld	Mittelstraße 20	06749 Bitterfeld		03493-341240	
34	Gross-Chowanietz	Harald	Hospital St. Wendel	Hospitalstr. 35-37	66606 St. Wendel	06851-8908117	06851-9368238	
35	Hauck	Hermine	ELAN GmbH	Kapellenstr. 47	90762 Fürth	0911-74325930	0711-74325933	elan_ggmbh-fue@odn.de
36	Häußer	Stefan	Jugendstadtrat	Markt 1	08371 Glauchau	03765-65423	03765-65250	
37	Haut	Ivonne	Arbeiterwohlfahrt KV Zwickau und Umgebung e.V.	Lichtensteiner Str. 48a	08132 Mülsen	037601-20651	037601-309772	kuschelkiste@awo-zwickau.de
38	Heilmann	Enrico	Integrativer Freizeittreff des EFbK	Fr. Wolf-Str. 38	23968 Wismar	0172-7729422		enricoheilmann@gmx.de
39	Heinicke	Andreas	Städt. Kinderhaus Westhagen	Cottbuser Str. 1	38444 Wolfsburg	05361-774088	05361-774377	
40	Heinke	Dirk	Verein Stadtteil VHS e.V.	Crellestr. 38	10827 Berlin	030-78704050	030-78704051	dirk.heinke@web.de
41	Hellmund	Till	Hamburger Kinder- und Jugendhilfe e.V.	Luruper Hauptstr. 135	22547 Hamburg	040-8400920	040-84009222	jhzaltona@jugendhilfe.de
42	Hesse	Ursula	Sozialer Stadteilladen	Jasminweg 9-10	37269 Eschwege	05651-10071		
43	Hildebrand	Andreas	Kath. Jugendwerke Köln e.V.	Am St. Elisabeth 11	51103 Köln	0221-4602513	0221-4602514	a.hildebrand@hoevi.de
44	Hol	Catrin	Evangelsche Kita	Lehmwandlungsweg 4	31582 Nienburg	05021-5497	05021-923486	
45	Holakovskiy	Herbert	Amt für Soziale Dienste Bremen	Bahnhofplatz 29	28195 Bremen	0421-3618577	0421-3618553	hholakovskiy@soziales.bremen.de
46	Holm	Hanne	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bremen	Auf den Häfen 30-32	28203 Bremen	0421-790245	0421-790275	k.westing@awo-bremen.de
47	Holtmann	Reiner	Caritasverband Hamm	Franziskanerstr. 3	59065 Hamm	02381-144101	02381-144103	holtmann@caritas-hamm.de
48	Jahnke	Heidi	Integrativer Freizeittreff des EFbK	Hummelpflug 18	23966 Wismar	03841-602110	03841-602120	
49	Jeske	Margret	AWO	Magdalenenweg 3	59069 Hamm	02381-14824	02381-14857	info@awo-hamm.de
50	Jörgensen	Ann-Christin	AWO Streetwork Vahrensheide		30179 Hannover	0511-3731215	0511-3731216	awo.streetwork@htp-tel.de
51	Kaun	Frau			Potsdam		0331-6001036	
52	Kaune	Stephan	Kinder- und Jugendhaus Drispensedt	Am Drispensedter Brink 28	31135 Hildesheim	05121-53537	05121-779931	
53	Kepp	Helga	CJD Wismar	Lübsche Str. 116	23966 Wismar	03841-211188	03841-211188	cjdwismar@hotmail.com
54	Klamt	Angela	KTS Sternberg Soz. Brennpunkt	Ebernburgstr. 11	67065 Ludwigshafen			arwolk@t-online.de

55	Knappe	Eva-Maria	Evang. Markus-Gemeinde	Gut-Heil-Str. 16	44145 Dortmund	0231-811705		
56	Knoop	Regina	Amt für Jugend und Soziales Wismar	PF 1245	23952 Wismar	03841-2515126	03841-2515102	
57	Koch	Christina	Madonna Mädchenkult.Ur.e.V.	Falkstr. 26	12053 Berlin	030-6212043	030-6212048	madonna.maedchenpower@web.de
58	Köhler	Bernd	AWO Fulda	Langebrückenstr. 14	36037 Fulda	0661-240915	0661-9013052	
59	Konincks	Anna	Stadt Essen/ASD	Dreiringplatz 10	45276 Essen	0201-8851499	0201-8851704	
60	Kraft	Gerda	Kindergarten der Stadt Dortmund	Bornstr. 52	44145 Dortmund	0231-811821		gkraft@stadtdo.de
61	Kreis	Monika	MAG der Stadt Fulda	Bonifatiusplatz 173	36037 Fulda	0661-1021934	0661-1022901	monikakreis@fulda.de
62	Krug	Irene	Jugendaufbauwerk Berlin	Prenzlauer Allee 36	10405 Berlin	030-44301830	030-44301833	
63	Kunert	Dirk	Vincenzheim Ausbildungsstätte e.V.	Oesterholzstr. 85-91	44145 Dortmund	0231-9832161	0231-9832200	hans.josef.langesberg@vincenzheim.de
64	Künnel	Maria	Jugendclub Lübbenau	Otto-Grotewohl-Str.	03222 Lübbenau	03546-3364		
65	Kunze	Klaus-Peter	FAU mbH Sondershausen	Frankenhäuser Str. 64	99706 Sondershausen	03632-6190	03632-619299	fau-sondershausen@t-online.de
66	Kunze	Kati	Glauchauer Berufsförderung	Bahnhofstr. 3	08371 Glauchau	03763-65423	03763-65250	stadjugendpflege@glauchau.de
67	Lange	Willi	Kotti e.V.	Dresdner Str. 10	10999 Berlin	030-6157991	030-6157992	kotti@berlin.de
68	Langesberg	Hans-Josef	Vincenzheim Ausbildungsstätte e.V.	Oesterholzstr. 85-91	44145 Dortmund	0231-9832161	0231-9832200	hans.josef.langesberg@vincenzheim.de
69	Lautenbach	Rüdiger	Caritasverband Bremen	Sagerstr. 27	28759 Bremen	0421-6607735	0421-6607788	r.lautenbach@caritas-bremen-nord.de
70	Lehmann	Ilona	Jugendclub Lübbenau	Otto-Grotewohl-Str.	03222 Lübbenau	03546-3364		
71	Lehmann	Joachim	Freie Jugendhilfe N.L.e.V.	Pestalozzistr. 8	03223 Vetschau	035433-71424	035433-71424	
72	Lenk	Thomas	Noris Arbeit Nürnberg	Bogenstr. 18	90459 Nürnberg	0911-810097888	0911-810097875	noa_jobs@nefkom.net
73	Libor	Claudia	Städt. Kindertagesstätte Dortmund	Dürener Str. 60	44145 Dortmund	0231-816689		
74	Lögers	Ludger	Jugendpastoralinst.	Don-Bosco-Str. 1	08857-88285	08857-88299		loegers@donbosco.de
75	Lojewski	Eckhard von	Stadt Dortmund Jugendamt	Ostwall 64	44135 Dortmund	0211-5025093	0211-5026514	evonloje@stadtdo.de
76	Lorbeer	Marie	Kinder- und Jugendmuseum Prenzlauer Berg	Senefelderstr. 6	10437 Berlin	030-74778200	030-74778205	ki.jumus@museum.b.shuttle.de
77	Lubitz	Beate	Jugendamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin	Breslauer Platz 1	10820 Berlin	030-75603497	030-7560-6105	lubitz@ba-temp.verwalt-berlin.de
78	Ludewig	Jürgen	DRK-Generalsekretariat	Carstensstr. 58	12205 Berlin	030-85404237	030-85404468	ludewig@drk.de
79	Lüke	Marianne	Kindertageseinrichtung der Stadt Dortmund	Nathmerichstrasse 25	44289 Dortmund	0231-811821		gkraft@stadtdo.de
80	Mack	Dr. Wolfgang	DJI	Nockerherstrasse 2	81541 München			
81	Majdinsky	Dieter	Stadt Göttingen	Elmweg 9b	37081 Göttingen	0551-4005647	0551-4005647	
82	Martens	Holger	DRK Jugendhütte Osterholz	Züricher Str. 40a	28325 Bremen	0421-403550	0421-4097055	drk_jugendhuetten_hb@web.de
83	Maurer-Kartal	Annette	Verein zur Förderung stadteilnaher Volkshochschularbeit	Grellesstr. 38	10827 Berlin	030-78704050	030-78704051	maurer@sozkult.de
84	Merkel	Ingrid	IB Medizinische Bildungsakademie	Bootsbauernweg 1	18109 Rostock	0381-1271140	0381-1271150	mba@ib-medicin.hro.mv.schule.de
85	Messikh-Müller	Monique	Kotti e.V.	Dresdner Str. 10	10999 Berlin	030-6157991	030-6157992	kotti@berlin.de
86	Metzger	Miriam	Jugendamt der Landeshauptstadt Kiel	Andreas Gayz-Str. 31	24099 Kiel	0431-9013163	0431-90163117	miriam.metzger@lhstadt.kiel.de
87	Meyer	Otto C.	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.	Oppelner Str. 130	53119 Bonn	0228-66850	0228-6685209	mey@awobu.awo.org
88	Mies-van Engelshoven	Brigitte	Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit	Hohe Str. 73	53119 Bonn	0228-959680	0228-9596830	brigitte.mies-vanengelshoven@bagjaw.de
89	Mödder	Heinrich	Außerschulische Jugendarbeit	Bornstr. 154	44145 Dortmund	0231-8631160	0231-8631156	jfk-do@gmx.de
90	Müller	Anno	Jugendtreff der Amigonianer	Stallbergshof 1	45883 Gelsenkirchen	0209-493583	0209-468896	jugendtreff@amigonianer.de
91	Nickel	Dr. Christiane	Märkisches Sozial- und Bildungswerk e.V.	Zeppelinstr. 60a	12459 Berlin	030-53780033	030-53780034	msbw.gs.berlin@t-online.de
92	Nickolai	Jana	Arbeiterwohlfahrt KV Zwickau und Umgebung e.V.	Eisenweg 12	08056 Zwickau	0375-473649		
93	Niese	Ellen	Altstrehlen e.V. Jugendtreff 'Spike'	Bohoffer Platz 22	01153 Dresden	0172-5904074	0351-4762183	ellenniese@web.de
94	NN	NN	Via Nova	Einhardstr. 35	25524 Itzehoe	04821-804050	04821-8040526	info@vianova-jugendhilfe.de
95	NN	NN	Paritätischer Kindergarten	Sollingstr. 73	37081 Göttingen	0551-92433	0551-92433	pari-kita.grone@t-online.de
96	Nölke-Schauffer	Sabine	ASD Stadt Augsburg	Tobias-Maurer-Str. 19	86154 Augsburg	0821-3242850	0821-3242851	
97	Osterndorff	Guido	Helene-Kaiser-Haus	Ferd.-Lassalle-Str. 2	27578 Bremerhaven	0471-3085411	0471-308524	
98	Overmann	Julia	Stadt Recklinghausen Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	Rathausplatz 3-4	45655 Recklinghausen	02361-502283	02361-502182	julia.overmann@recklinghausen.de
99	Paar	Marion	DCV/IN VIA	Ludwigstr. 36	79104 Freiburg	0761-200232		marion.paar@caritas.de
100	Pelzer	Thomas	Vincenzheim Ausbildungsstätte e.V.	Oesterholzstr. 85-91	44145 Dortmund	0231-9832161	0231-9832200	hans.josef.langesberg@vincenzheim.de
101	Pinno	Eugen	VzFd KJS Potsdam	Schwarzschildstr. 12	14480 Potsdam	0331-611731		
102	Prinz	Andreas	Stadtjugendamt Gießen	Berliner Platz 3	35390 Gießen	0641-3061378	0641-3062381	aprinz@giessen.de
103	Radtke	Manfred	Jugendhilfehaus St. Elisabeth	Orleansstr. 6-10	95028 Hof/Saale	09281-819450	09281-8194521	st.elisabeth@bnhof.de
104	Rau	Rita	ev. Kindertagesstätte	Dr.Prior Str. 35	66763 Dillingen	06831-7688123	06831-7688113	
105	Rodem	Christel	terre des hommes	Gartenstr. 6	66763 Dillingen	06831-79750	06831-767177	
106	Rodem	Karl-Heinz	IB Bildungszentrum Brandenburg	Heinrich-Mann-Allee 103	14473 Potsdam	0331-6882299	0331-6882229	
107	Rothbucher	Valentin	Kinderzentrum Augsburg	Prälat-Bigeimair-Str. 22	86154 Augsburg	0821-410620	0821-41062116	rothbucher@kinderzentrum-augsburg.de
108	Rottstegge	Thomas	Rund um Hannibal	Klauenburger Str. 2	44145 Dortmund	0231-810842	0231-810843	info@treffpunkthannibal.de
109	Ruddat	Dorothee	Kiezoase Schöneberg		10781 Berlin	030-21730202	030-21730207	kiezoaseb65@t-online.de
110	Sachs	Kai	Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und Vernachlässigung	Königsweeg 9	24103 Kiel	0431-671284		kai.sachs@t-online.de
111	Sack	Britt	Kindervereinigung Dresden e.V.	Raysteistr. 4	01219 Dresden	0351-2753720	0351-31905550	
112	Sawla	Kanu	Erziehungsberatung Wolfsburg	Dessauer Str. 34	38444 Wolfsburg	05361-877010	05361-877015	erziehungsberatung.wolfsburg.westhagen@stadt.wolfsburg.de

113	Schäfer	Andrea	Noris Arbeit Nürnberg	Bogenstr. 18	90459 Nürnberg	0911-810097873	0911-810097875	noa_jobs-fstj@noa.nuernberg.de
114	Schindler	Brigitte	BAG kath. Jugendsozialarbeit	Chausseestr. 128a	10115 Berlin	030-28878956	030-28878955	brigitte.schindler@jugendsozialarbeit.de
115	Schmid	Micha	Jugendclub 18	Pietschkerstr. 50	14480 Potsdam	0331-60060210	0331-60060211	achtzehner@gmx.de
116	Schmidt	Peter	Kindertagesstätte, Hortleiter	Evlauser Str. 2	10965 Berlin	030-68092470		
117	Schmidt	Peter	Schlupfwinkel e.V.	Mittelstrasse 11	02943 Weisswasser	03576-205878	03576-208768	
118	Schöne	Birgit	DKSB Ortsverband Reichenbach	Albertstr. 36	08468 Reichenbach	03765-718258	03765-718270	
119	Schulz	Isabella	DKSB Ortsverband Reichenbach	Albertstr. 36	08468 Reichenbach	03765-718258	03765-718270	
120	Schumann	Dirk	CVJM Stralsund	Helmuth-Graf-von-Moltke-Str. 11	18937 Stralsund	03831-498590		cujmstralsund@aol.com
121	Schweitzer	Gero	VAE - Haus Mundanis	Hans-Böckler-Str. 3	65929 Frankfurt a.M.	069-30836907	069-30836919	mundanis@vae-ev.de
122	Serafin	Günther	Haus der Jugend Monheim	Tempelhofer Str. 17	40789 Monheim	02173-953332	02173-953339	gserafin@monheim.de
123	Seupel	Heike	Arbeitsförderungsbetriebe gGmbH	Daimlerstr. 8	76185 Karlsruhe	0721-972460	0721-755160	afb.karlsruhe@t-online.de
124	Söhlke	Beatrix	AWO Projekt Lift	Holzriesen 61	30179 Hannover	0511-3731024	0511-3731025	lift@awo-hannover.de
125	Soltendieck-Kuba	Martina	AWO Kita Westhagen	Stralsunder Ring 8a	38444 Wolfsburg	05631-774100	05361-7741301	
126	Sommer	Peter	Jugendamt soziale Dienste Mannheim	Holzbauerstrasse 6-8	68167 Mannheim	0621-2939150	0621-2939268	
127	Sonntag	Uwe	GSE GmbH	Bahnhofstr. 26-28	66538 Neunkirchen	06821-904790	06821-9047921	uwe.Sonntag@gse-saar.de
128	Spranger	Daniel	CVJM Stralsund	Helmuth-Graf-von-Moltke-Str. 11	18937 Stralsund	03831-498590		cujmstralsund@aol.com
129	Sprung	Dörte	Jugendamt Dresden	Bernhard-Kretschmer-Str. 26	01219 Dresden	0351-3603268	0351-8603269	leuben@streetwork-dresden.de
130	Stassig	Sabine	Spielmobil Kreisjugendwerk	Fössestr. 47	30451 Hannover	0511-12607016	0511-456394	spm@kjw.de
131	Thiel	Marion	Via Nova	Einhardstr. 35	25524 Itzehoe	04821-804050	04821-8040526	info@vianova-jugendhilfe.de
132	Thiel	Kerstin	Beratungszentrum der AWO	Hainholzer Damm 3	325337 Elmshorn	04121-79123	04121-791259	
133	Tigges	Sandra	Kita Altländer Viertel	Hohenfriedberger Str. 19	21680 Stade	04141-44647	04141-44647	
134	Tillmann	Anne	Planerladen		Dortmund		0231-828312	planerladen@gmx.de
135	Ullmann	Christoph	Blaues Kreuz i.D. e.V.	Hegelstr. 11	08056 Zwickau	0375-2309483	0375-2309483	streetwork-bkd@gmx.de
136	Unbehau	Marion	LK Bitterfeld-Jugendamt	Mittelstr. 20	06749 Bitterfeld	03493-341734	03493-341240	info@landkreis-bitterfeld.de
137	van de Straat	Eugenie	Stadt Dortmund Kindertageseinrichtung	Johannesstr. 20	44137 Dortmund	0231-142496	0231-142496	
138	Wagner	Wolfgang	Beratungszentrum der AWO	Hainholzer Damm 3	325337 Elmshorn	04121-79123	04121-791259	
139	Wagner-Krämer	Monika	Kotti e.V.	Dresdner Str. 10	10999 Berlin	030-6157991	030-6157992	kotti@berlin.de
140	Walter	Harald	Stadt Neubrandenburg	Friedrich-Engels-Ring 53	17033 Neubrandenburg	0395-5552260	0395-5552914	sozialamt@neubrandenburg.de
141	Warnke	Sigrid	JB Med. Bildungsakademie	Bootsbauerweg 1	18109 Rostock	0381-1271131	0381-271150	mba@ib-medicin.hro.mv.schule.de
142	Weber	Ralf	Landkreis Saarlouis	Prof.-Notton Str. 2	66740 Saarlouis	06831-444220	06831-444600	v-weber@handshake.de
143	Wegner	Katrin	Groß Kleiner Jugendtreff	Gerüstbauerring 27a	18109 Rostock	0381-1201136	0381-1201141	g.guiard@surfen.de
144	Wendt	Peter-Ulrich	Stadt Salzgitter	Postfach 100680	38206 Salzgitter	05341-8393901	05341-8394949	peter-ulrich.wendt@stadt.salzgitter.de
145	Westing	Klaus	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bremen	Auf den Häfen 30-32	28203 Bremen	0421-790245	0421-790275	k.westing@awo-bremen.de
146	Westphal	Anett von	ABPF R. Diehl GmbH 'Berufshilfewerkstatt'	Neubrandenburger Str. 5a	18055	0381-6664710		
147	Widmann	Cordula	Offene dezentrale Einrichtung Jugendtreff	Fritzlarer Str. 6	36039 Fulda	0661-53655		cordula.widmann@fulda.de
148	Wiede	Andrea	Jugendzentrum 'Trend'	Buchenweg 34	07745 Jena	03641-608117		impel@t-online.de
149	Winkler	Susanne	C-Punkt e.V.	Marienstr. 46	08571 Glauchau			
150	Winter	Rüdiger	Arbeit und Leben DGB/VHS	Besenbinderhof 60	20097 Hamburg	040-28401623	040-28401616	ruediger.winter@hamburg.arbeitundleben.de
151	Witte	Astrid	Amt für Soziale Dienste Kiel	Bergenering 36	24109 Kiel	0431-9014630	0431-90164650	astrid.witte@lhstadt.kiel.de
152	Wolf	Maria	Psych. Beratungsstelle der Stadt	Sandhofer Str. 22	68305 Mannheim	0621-7284330	0621-7284333	
153	Wollnik	Reiner	AKAK e.V.	Walkemühle 1a	31785 Hameln	05151-44441	05151-44471	akak.hameln@gmx.de
154	Wurth	Simone	Verein für Jugendhilfe Projekt Wohnen und Arbeiten	Thomas-Mann-Str. 3	76189 Karlsruhe	0721-5090434	0721-5090460	nch-wohnenarbeiten@web.de
155	Zierke	Ursula	Beratungsstelle Westhofstr.	Westhofstr. 8-12	44145 Dortmund	0231-840340	0231-840341	ulla.zierke@westhofstrasse.de
156	Zöller	Harry	Jugendzentrum 'Impuls'	Theobald-Renner-Str. 1a	07747 Jena	03641-331305		impel@t-online.de